

kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



BELASTUNGEN IM ERWERBSLEBEN

SPEKTRUM

BUCHTIPPS

VERANSTALTUNGEN

6 & 7 | November 2014

Doppelnummer

Belastungen im Erwerbsleben	
Qualität des Arbeitsumfeldes verbesserungswürdig	4
Gesundheitsrisiken von Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung	7
Leiharbeit macht krank	11
Strategien für eine gesündere Arbeitswelt	13
Beratungsinitiative für mehr Gesundheit am Arbeitsplatz	15
Burnout als Herausforderung für die ärztliche Praxis	16
Arbeitskraftunternehmer/innen in der IT-Branche	21
Spektrum	
Quartiereffekte	24
Die neue Rolle der PatientInnen	29
Mindestsicherung - Realität und Perspektiven	31
Schlechte Lebensbedingungen von Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten	35
Reiche setzen sich ab	37
Buchtipps	40
Veranstaltungen	43

Steigende Belastungen

Arbeit kann durchaus zur Erhaltung der Gesundheit beitragen – aber nur, wenn sie bewältigbar ist, den jeweiligen Kompetenzen entspricht, Weiterentwicklung ermöglicht und wertgeschätzt wird, konstatiert die Arbeiterkammer (vgl. Beitrag S. 11). Diese Bedingungen sind jedoch häufig nicht erfüllt. Was die Qualität des Arbeitsumfeldes betrifft, rangiert Österreich im internationalen Vergleich relativ weit hinten, auf Platz 27 von 32 OECD-Ländern. Verantwortlich dafür sind vor allem lange Arbeitszeiten und hoher Zeitdruck. Besser schneidet Österreich bei den übrigen von der OECD erhobenen Faktoren ab, der Arbeitsplatzsicherheit und den Arbeitsverdiensten. Allerdings hat sich das Lohnniveau in den letzten Jahren kaum erhöht, real um durchschnittlich weniger als 0,5 Prozent seit 2007. Die Arbeitslosigkeit ist hierzulande im internationalen Vergleich zwar relativ niedrig, zuletzt aber stark angestiegen (vgl. Beitrag S. 4).

Die Angst um den eigenen Arbeitsplatz ist insofern nicht bloß fiktional, sondern in vielen Fällen durchaus berechtigt. Das wirkt sich wiederum negativ auf das Arbeitsklima aus und lässt vieles ertragen: unduldsame Vorgesetzte, „verordnete“ Überstunden, monotone Tätigkeiten und/oder fehlende gesellschaftliche Anerkennung. Viele gehen auch krank zur Arbeit, um nicht unangenehm aufzufallen – Präsen-tismus nennt man dieses Phänomen, das gleichfalls im Steigen begriffen ist.

Die Arbeitsbedingungen sind generell belastender geworden: Ein Drittel aller österreichischen ArbeitnehmerInnen sind mittlerweile von gesundheitlichen Beeinträchtigungen am Arbeitsplatz betroffen. Psychische Erkrankungen und solche des Bewegungs- und Stützapparats kommen dabei am häufigsten vor. Der Trend ist nicht auf Österreich beschränkt: In Deutsch-

land hat sich die Zahl der Fehltage wegen psychischer Belastungen seit dem Jahr 2000 verdreifacht. Und knapp zehn Prozent aller Krankenhauseinweisungen sind auf Gründe, die im beruflichen Umfeld liegen, zurückzuführen (vgl. Beiträge S. 13 und S. 15).

Allerdings sind die Belastungen nicht gleich verteilt: Wenig überraschend sind insbesondere prekär Beschäftigte, z.B. befristete Beschäftigte oder LeiharbeiterInnen, verstärkt davon betroffen. Auch bestimmte Branchen, etwa die Metall- und die chemische Industrie, gelten als stärker gesundheitsgefährdend. Aufgeschlüsselt nach Personengruppen trifft es primär Menschen mit geringer Ausbildung und MigrantInnen (vgl. Beiträge S. 7 und S. 11).

Aber auch besser Ausgebildete sind vor erschwerenden Arbeitsbedingungen nicht gefeit, z.B. wenn sie als so genannte „ArbeitskraftunternehmerInnen“ tätig sind, die zwar in der Regel angestellt sind, aber ansonsten wie UnternehmerInnen ihrer selbst agieren (müssen). Der damit verbundenen Autonomie und partiellen Selbstbestimmtheit der Tätigkeit steht auf der anderen Seite eine Selbstökonomisierung und Selbstrationalisierung der Lebensweise gegenüber, bei der das Privatleben dem Beruf untergeordnet wird und arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen, etwa hinsichtlich der Arbeitszeit, weitgehend ignoriert werden. Eine betriebliche Interessensvertretung wird zumeist nicht als notwendig erachtet, obwohl es genügend Anknüpfungspunkte hierfür gäbe (vgl. Beitrag S. 21). Hier einen Bewusstseinswandel herbeizuführen, wird künftig eine zentrale Aufgabe darstellen, um darauf basierend entsprechende gesundheitsfördernde Bestimmungen durchsetzen und die Betroffenen vor Selbstausbeutung schützen zu können, meint

Ihre
Kontraste-Redaktion

Zukunftsperspektiven für Frauen am Arbeitsmarkt

Talkrunde zum Thema mit Birgit Gerstorfer, Landesgeschäftsführerin des AMS Oberösterreich, Mario Pramberger, Wirtschaftskammer Steyr, Wolfgang Bräu, IT-Experts Austria, und Klaudia Burtscher, Frauenstiftung Steyr. Im Anschluss bietet ein kleiner Imbiss Gelegenheit für weiteren fachlichen Austausch.

Termin: 3. Dezember 2014, 15.00 Uhr
Ort: Frauenstiftung Steyr, Hans-Wagner-Straße 2-4, 4400 Steyr
Anmeldung: Tel. 07252 87373; office@frauenstiftung.at

Qualität des Arbeitsumfeldes verbesserungswürdig

Der OECD-Beschäftigungsausblick 2014 misst erstmals auch die Qualität der Arbeit in OECD-Ländern. Kaum etwas ist momentan so wichtig, wie Arbeitsplätze zu schaffen. Aber schlechte Arbeitsplätze helfen auf Dauer niemandem. Österreich ist weit hinten bei der Qualität des Arbeitsumfeldes. Lange Arbeitszeiten und hoher Zeitdruck verweisen Österreich bei diesem Indikator auf Rang 27 von 32 erfassten OECD-Ländern.

Die Arbeitslosigkeit liegt in vielen OECD-Ländern trotz einer Belebung des Beschäftigungswachstums nach wie vor deutlich über dem Vorkrisenniveau. Für 2015 wird ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit prognostiziert. Die Verfestigung der hohen Arbeitslosigkeit hat in einigen Ländern zu einem Anstieg der strukturellen Arbeitslosigkeit geführt, der durch eine Belebung des Wirtschaftswachstums nicht automatisch rückgängig gemacht werden dürfte. Am schlechtesten ist die Lage noch immer in Griechenland und Spanien, wo trotz eines leichten Rückgangs derzeit ca. 25 Prozent arbeitslos sind. Auch in Italien, Portugal, Slowenien und der Slowakei wird die Arbeitslosigkeit auf absehbare Zeit über 10 Prozent liegen, prognostiziert die OECD. Für den Euro-Raum wird mit einem leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit von derzeit 11,6 auf 11,2 Prozent bis Ende 2015 gerechnet.

Im gesamten OECD-Raum waren im letzten Quartal 2013 17,2 Millionen Menschen – mehr als ein Drittel der Arbeitslosen – mindestens 12 Monate arbeitslos, fast doppelt so viele wie 2007. Besorgt äußerte sich die Organisation insbesondere über die gestiegene Zahl der Langzeitarbeitslosen in den USA, Griechenland und Spanien.

In Anbetracht dieser Entwicklungen sollte laut OECD die Förderung der Nachfrage dort ein zentrales politisches Ziel bleiben, wo die Erholung weniger robust ausfällt, und mit verstärkten Maßnahmen zur Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit einhergehen. Beschäftigungs- und Ausbildungsmaßnahmen für langzeitarbeitslose Personen sollte Priorität eingeräumt werden, da diese bei der Arbeitsuche normaler-

weise mit erheblichen Hindernissen konfrontiert sind und mit hoher Wahrscheinlichkeit aus der Erwerbsbevölkerung ausscheiden.

Das reale Lohnwachstum ist erheblich zurückgegangen

Für viele, die ihren Arbeitsplatz behalten haben, sind die Realeinkommen langsamer gestiegen, wenn nicht sogar krisenbedingt gesunken. Von der anhaltenden Zunahme der Arbeitslosigkeit in vielen OECD-Ländern ging ein deutlicher Abwärtsdruck auf das Reallohnwachstum aus. Diese Entwicklung trug zur Senkung der Lohnstückkosten bei und hatte laut OECD in der Folge einen positiven Einfluss auf die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit in einer Reihe von Ländern, insbesondere im Euroraum. Es erhebt sich jedoch die Frage, ob hier nicht ein „race to the bottom“ angestoßen wurde. Weitere Lohnanpassungen würden jedenfalls, konzediert auch die OECD, angesichts der niedrigen Inflation „schmerzhafte Lohnkürzungen erforderlich machen und könnten dazu führen, dass sich die Zahl der trotz Erwerbstätigkeit in Armut Lebenden (Working Poor) erhöht“.

Zusätzlich zu einer tragfähigen makroökonomischen Politik zur Erholung der Wirtschaft empfiehlt die in Paris ansässige Organisation „Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit“ an den Güter- und Dienstleistungsmärkten, Maßnahmen, die entlassenen Arbeitskräften den Übergang in neue Beschäftigungsbereiche erleichtern, sowie eine Aufstockung der Einkommen von GeringverdienerInnen.

Die Beschäftigungsqualität sollte verbessert werden

Die Arbeitsmarktentwicklung sollte der OECD zufolge sowohl in Bezug auf die Anzahl als auch die Qualität der Beschäftigungsmöglichkeiten beurteilt werden, d.h. die Arbeitsmarktpolitik sollte für mehr und bessere Arbeitsplätze sorgen. Von der Organisation ist ein neuer konzeptueller und operationeller Rahmen entwickelt worden, um die Beschäftigungsqualität anhand von drei Dimensionen zu messen:

- Niveau und Verteilung der Arbeitsverdienste
- Arbeitsmarktsicherheit (Risiko für Jobverlust und Unterstützung für Arbeitslose)
- Qualität des Arbeitsumfeldes (individuelle Jobanforderungen und Unterstützung bei der Bewältigung der Aufgaben)

Die Länder weisen in Bezug auf jede dieser Dimensionen große Unterschiede auf, doch scheint es laut OECD keine bedeutenden Zielkonflikte zwischen

Qualität und Quantität der Arbeitsplätze zu geben: Einigen Ländern gelingt es, in beiden Bereichen gut abzuschneiden. Die Schlusslichter in diesem Ranking sind Griechenland, Spanien, Polen und Slowenien, die Spitzenreiter sowohl mit niedriger Arbeitslosigkeit als auch guten Arbeitsbedingungen sind Schweden, Norwegen und Neuseeland.

Beachtliche Unterschiede bei der Beschäftigungsqualität bestehen ferner zwischen verschiedenen sozio-ökonomischen Gruppen innerhalb der Länder. Junge Arbeitskräfte, geringqualifizierte Kräfte und befristet Beschäftigte scheinen viele Nachteile zu kumulieren. Demgegenüber erhalten hochqualifizierte Kräfte nicht nur Zugang zu mehr, sondern auch zu besseren Arbeitsplätzen. Niveau und Verteilung der Arbeitsverdienste hängen vom Stellenwert wachstumsfördernder Politikmaßnahmen, vom Zugang zu Bildung und von deren Qualität, von der Struktur der Lohnfindungsmechanismen (z.B. Mindestlöhne, Tarifverträge) sowie der Gestaltung des Steuer- und Transfersystems ab. Ausschlaggebend für die Arbeitsmarktsicherheit sind die Wechselwirkungen zwischen dem Beschäftigungsschutz, den Systemen der Arbeitslosenunterstützung (Leistungen bei Arbeitslosigkeit und Abfindungen) und den aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen. Die Qualität des Arbeitsumfelds wird weitgehend durch die Wirksamkeit der Arbeitsschutzbestimmungen als Vorbeugung gegen berufsbedingte gesundheitliche Probleme, aber auch durch den sozialen Dialog und den Grad der sozialen Verantwortung des Arbeitgebers bestimmt, konstatiert der Bericht.

Zuviel Zeitarbeit schadet den Menschen und der Wirtschaft

Die nichtreguläre Beschäftigung – d.h. alle Formen der Beschäftigung, die nicht von einem festen oder unbefristeten Vertrag profitieren – sieht die OECD ambivalent: Einerseits könne diese Unternehmen die nötige Flexibilität sichern, um ihren Personalbestand in einem sich wandelnden wirtschaftlichen Umfeld anzupassen. Weiters könne sie auch auf eine freiwillige Entscheidung seitens der Arbeitskräfte zurückzuführen sein, welche die mit dieser Vertragsform einhergehende Flexibilität bevorzugen.

Andererseits kann die intensive Nutzung nichtregulärer Beschäftigungsverhältnisse negative Folgen sowohl für die soziale Gerechtigkeit als auch für die Effizienz haben, wird betont. Arbeitskräfte in solchen Beschäftigungsverhältnissen sehen sich häufig einer größeren Arbeitsplatzunsicherheit gegenüber als Arbeitskräfte in regulären Beschäftigungsverhältnissen. Gleichzeitig investieren die Unternehmen in der Regel

weniger in nicht regulär Beschäftigte, was sich wiederum negativ auf die Personalentwicklung auswirken kann. Die Organisation warnte daher ihre Mitglieder insbesondere vor einem exzessiven Gebrauch von Zeitverträgen: Chile, Polen, Spanien, Südkorea und Portugal sind hier mit einem Anteil von jeweils über 20 Prozent am stärksten betroffen.

In den zwanzig Jahren, die der globalen Finanzkrise vorausgingen, expandierten die atypischen Beschäftigungsverhältnisse in vielen Ländern, da die Regierungen versuchten, die Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt vor allem dadurch zu fördern, dass sie die Bestimmungen für nichtreguläre Beschäftigungsverhältnisse lockerten und die verhältnismäßig strengeren Bestimmungen für regulär Beschäftigte größtenteils unberührt ließen.

Als Politikoption zur Verringerung der Zweiteilung des Arbeitsmarkts in regulär und atypisch Beschäftigte schlägt die OECD z.B. eine strengere Regulierung der Nutzung befristeter Arbeitsverträge bei gleichzeitiger Lockerung der Kündigungsbestimmungen für fest angestellte Arbeitskräfte vor. Man geht davon aus, dass die Kosten, die durch die Beendigung befristeter Arbeitsverhältnisse entstünden, durch eine gleichzeitige Einführung eines standardisierten bzw. einheitlichen Arbeitsvertrags weitgehend kompensiert würden.

Bildungsniveau und Kompetenzen sind von Bedeutung

Die Erhebung der OECD über die Fähigkeiten und Fertigkeiten Erwachsener (PIAAC) liefert neue Erkenntnisse über die Auswirkungen des Bildungsniveaus und einer Reihe von Kompetenzen auf zwei wichtige Arbeitsmarktergebnisse junger Menschen im Alter zwischen 16 und 29 Jahren: zum einen auf das Risiko, dass sie weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung sind (NEET), und zum anderen auf die Höhe ihres Stundenlohns, wenn sie in Beschäftigung sind. Die Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung, die der Förderung höherer Bildungsabschlüsse, aber auch der Steigerung der Lese-, Mathematik- und Problemlösungskompetenz sowie der den jungen Menschen bei der Auswahl ihres Ausbildungsfelds zur Verfügung stehenden Informationen zukommt. Auch Berufserfahrung hat erwiesenermaßen von Anfang an einen positiven Effekt auf das Verdienstniveau, was auch für allgemeine Kompetenzen gilt.

Dennoch scheint es in einigen Ländern nur selten vorzukommen, dass Jugendliche Arbeit und Bildung kombinieren, und die meisten SchülerInnen und Studierenden, die neben ihrer theoretischen Ausbildung

einer Berufstätigkeit nachgehen, tun dies nicht im Rahmen von formalen Bildungsangeboten, die Berufserfahrung vermitteln, wie beruflichen Bildungsgängen oder Berufsausbildungen. Um SchülerInnen und Studierende stärker mit dem Arbeitsmarkt vertraut zu machen, empfiehlt die Organisation, in berufliche Bildungsgänge und Berufsausbildungen Elemente des Lernens am Arbeitsplatz aufzunehmen bzw. diese auszuweiten, sowie Maßnahmen auszubauen, die es SchülerInnen und Studierenden erleichtern, Arbeitsplatzenerfahrung zu gewinnen. Die empfohlenen Maßnahmen zielen allerdings hauptsächlich auf Erleichterungen für die ArbeitgeberInnen (z.B. Steueranreize für die Beschäftigung von SchülerInnen und Studierenden bis zu einer bestimmten Stundenzahl) ab.

Österreichische Arbeitslosenzahlen steigen weiter

Der Beschäftigungsausblick wird zudem nach Mitgliedsländern aufgeschlüsselt. Der Länderbericht konstatiert für Österreich eine relativ niedrige Arbeitslosigkeit, die aber in den letzten zwei Jahren gestiegen ist. Mit 5 Prozent ist Österreichs Arbeitslosenquote im Zeitvergleich hoch, im Vergleich zu anderen OECD-Ländern jedoch immer noch moderat. Das Gleiche gilt für die Jugendarbeitslosigkeit, die mit 10 Prozent doppelt so hoch liegt wie die allgemeine Arbeitslosenquote. Im vergangenen Jahr ist die Anzahl der Arbeitslosen um mehr als 10 Prozent gewachsen – ein Trend, der noch bis Ende 2015 oder gar bis 2016 fort-dauern dürfte.

Auf die Beschäftigungsrate (Anteil der Bevölkerung über 15 Jahren in Beschäftigung) hat sich diese Entwicklung noch nicht ausgewirkt: Sie ist 2014 höher als vor oder während der Krise und soll laut Prognose bis zum vierten Quartal 2015 den Wert von 58,9 Prozent erreichen. Insgesamt nimmt das Angebot an Arbeitskräften jedoch schneller zu als das an Arbeitsplätzen. Hierfür ist vor allem das mäßige Wirtschaftswachstum verantwortlich, das unter der schwachen Binnennachfrage leidet.

Die Arbeitslosigkeit ist in allen Gruppen der Erwerbsbevölkerung gewachsen, am stärksten aber bei ohnehin Benachteiligten, etwa niedrig Qualifizierten. Die geringen realen Lohnzuwächse von durchschnittlich weniger als 0,5 Prozent seit 2007 haben vor allem BezieherInnen mittlerer Einkommen getroffen. Hier unterscheidet sich Österreich von der OECD insgesamt, wo sich das Reallohnwachstum für Erwerbstätige aller Gruppen verlangsamt.

Lange Arbeitszeiten und hoher Zeitdruck beeinträchtigen Beschäftigungsqualität

Die Arbeitsplatzsicherheit als zentrale Dimension der Arbeitsplatzqualität ist hierzulande besser als in vielen anderen OECD-Ländern: Die ÖsterreicherInnen haben ein vergleichsweise geringeres Risiko, arbeitslos zu werden, und die sozialen Sicherungssysteme funktionieren relativ gut. Diese Punkte sorgen dafür, dass Österreich bei der Arbeitsplatzsicherheit auf dem sechsten Platz aller OECD-Länder steht.

Auf der anderen Seite ist die Qualität des Arbeitsumfeldes markant schlechter als im OECD-Mittel. Lange Arbeitszeiten und hoher Zeitdruck verweisen Österreich bei diesem Indikator auf Rang 27 von 32 erfassten OECD-Ländern. Die verfügbaren Arbeitsressourcen, wie Arbeitsautonomie, Lernmöglichkeiten und Arbeitsplatzbeziehungen, vermögen diese hohen Arbeitsanforderungen nicht ausreichend auszugleichen. Der OECD zufolge muss das Arbeitsumfeld in Zukunft verbessert werden. Andernfalls drohen erhöhte Burn-out-Raten, Depressionen und andere stressbedingte physische und psychische Krankheiten.

Die OECD-Studie unterstreiche die Forschungsergebnisse der Arbeiterkammer, denn schon seit Jahren weist die AK auf belastende Arbeitsbedingungen in den österreichischen Betrieben hin: „Hohe Werte bei psychischen Belastungen, Stress und Druck am Arbeitsplatz sind die Realität“, betonte der oberösterreichische AK-Präsident Johann Kalliauer anlässlich des Erscheinens der Studie Anfang September: „Psychische Erkrankungen haben meist nicht nur einen Grund. Doch die Menschen verbringen viel Zeit in der Arbeit – die Verantwortlichen in den Unternehmen haben darauf zu achten, dass krankmachende Arbeitsbedingungen abgestellt werden.“ Wolle man erreichen, dass Beschäftigte länger in Arbeit bleiben, müssten alle ihre Verantwortung wahrnehmen. Die Evaluierung psychischer Belastungen und präventive betriebliche Gesundheitsförderung seien Aufgabe der Betriebe und daher rasch und flächendeckend umzusetzen, fordert Kalliauer. [hs]

Quellen: OECD-Beschäftigungsausblick, www.oecd.org; Gesunde Arbeit, 05.09.2014; news.orf.at, 04.09.2014; AKOÖ-Mediendienst Nr. 10509, 05.09.2014

Gesundheitsrisiken von Arbeitslosigkeit und prekärer Arbeit

Lebensverhältnisse und Gesundheit sind unmittelbar miteinander verknüpft. In den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen führt das zu differenzierten Auswirkungen. Welche gesundheitlichen Belastungen Menschen in der Arbeitslosigkeit und in prekären Arbeitsverhältnissen erleben wurde in einer qualitativen Studie am Institut für Gesellschaft- und Sozialpolitik an der JKU Linz erhoben (Dieplinger / Kaiser 2014).

Prekäre Arbeitssituationen als Gesundheitsrisiko

Teilzeitbeschäftigte, geringfügig Beschäftigte und freie DienstnehmerInnen sind besonders in prekären Arbeitsverhältnissen vertreten und von Armut betroffen (vgl. Schenk 2008, S. 204ff). Soziale sowie finanzielle Probleme und Risiken resultieren aus diesen Dienstverhältnissen. Diese Menschen haben oftmals mangelnde Ansprüche auf Leistungen aus der Arbeitslosen-, Kranken- und Pensionsversicherung sowohl während als auch nach der Erwerbstätigkeit (vgl. Keller & Seifert 2006, S. 238). Ein niedriges Einkommen beziehungsweise die Beschäftigungsform an sich hat in der Folge negative Auswirkung auf die Lebensstandardsicherung im Alter sowie auf die individuelle Gesundheit (vgl. Schenk 2008, S. 204ff).

Prekarität stellt sich in mehreren Lebensbereichen dar (vgl. Dörre 2006, S. 18):

- Auf produktiv-materieller Ebene, das heißt, wenn die Erwerbsarbeit nicht existenzsichernd ist oder das Einkommen nicht ausreicht.
- Im sozial-kommunikativen Bereich, das heißt, wenn die berufliche Tätigkeit eines Menschen gleichzeitig zu einer sozialen Ausgrenzung führt.
- Auf rechtlich-institutioneller Ebene, wenn eine (prekäre) Arbeitstätigkeit von sozialen Rechten und Partizipationschancen ausschließt.
- Wenn Status und Anerkennung durch die berufliche Tätigkeit eingeschränkt sind.

- Bezogen auf den Arbeitsinhalt kann eine prekäre Berufstätigkeit mit dauerhaftem Sinnverlust begleitet sein und können psychische Erkrankungen die Folge sein.

Menschen, die in den unterschiedlichen Beschäftigungsformen (Bsp. Werkvertrag, freie Dienstverträge, geringfügige Beschäftigungen) tätig sind, haben ein hohes Armuts- und folglich ein hohes Krankheitsrisiko. Um von Erwerbsarmut sprechen zu können, sind die Höhe des Haushaltseinkommens und die Haushaltskonstellation ausschlaggebend. Laut einer Studie von Statistik Austria steht einer Person in Erwerbsarmut ein durchschnittliches Äquivalenzeinkommen von 714 Euro netto monatlich zur Verfügung (zit. in AK Wien 2011, S. 46). Die betreffenden Personen werden auch als „Working Poor“ bezeichnet.

Neben der Beschäftigungsform gilt auch die Branche der Beschäftigung als Risikofaktor für Erwerbsarmut, da diese die Höhe des tatsächlichen Einkommens beeinflusst, zumal sich die Branchen in Bezug auf Produktivität, Höhe des Verdienstes, MitarbeiterInnenanzahl und volkswirtschaftlicher Relevanz eines Unternehmens unterscheiden.

Abbildung 1 (S. 8) zeigt die Berufsbereiche der Working Poor nach Geschlecht, um die geschlechtsspezifischen Abweichungen bezüglich Beschäftigungsbereich und Armutsgefährdung noch einmal zu verdeutlichen. Eine Studie der AK Wien zeigt, dass der Großteil der von Erwerbsarmut betroffenen Personen im Dienstleistungssektor tätig ist. Hierzu zählen vor allem Berufe wie Reinigungskraft, Küchenhilfen und KellnerInnen. Vor allem Frauen weisen in diesem Sektor einen vergleichsweise hohen Anteil von 54 Prozent auf. Höhere Frauenanteile finden sich des Weiteren in Büroberufen, in Rechts- und Verwaltungsberufen und bei MandatarInnen. Die von Erwerbsarmut betroffenen Männer hingegen sind überwiegend im Gewerbe, in der Industrie und im Bergbau tätig (vgl. AK Wien 2011, S. 33).

Gesundheitliche und psychosoziale Belastungen

Die Flexibilisierung der Arbeit greift auf unterschiedliche Faktoren außerhalb des betrieblichen Umfelds über. Besonders die Grenze zwischen „Arbeitszeit“ und „Freizeit“ wird immer geringer. Diese Faktoren haben sowohl Auswirkung auf die Lebensführung als auch auf das Familienleben und auf die Sozialzusammenhänge. Durch Wochenendarbeit werden die gesellschaftliche Teilhabe und die Möglichkeit zu sozialem Kontakt erschwert. Die Gestaltungsmöglich-

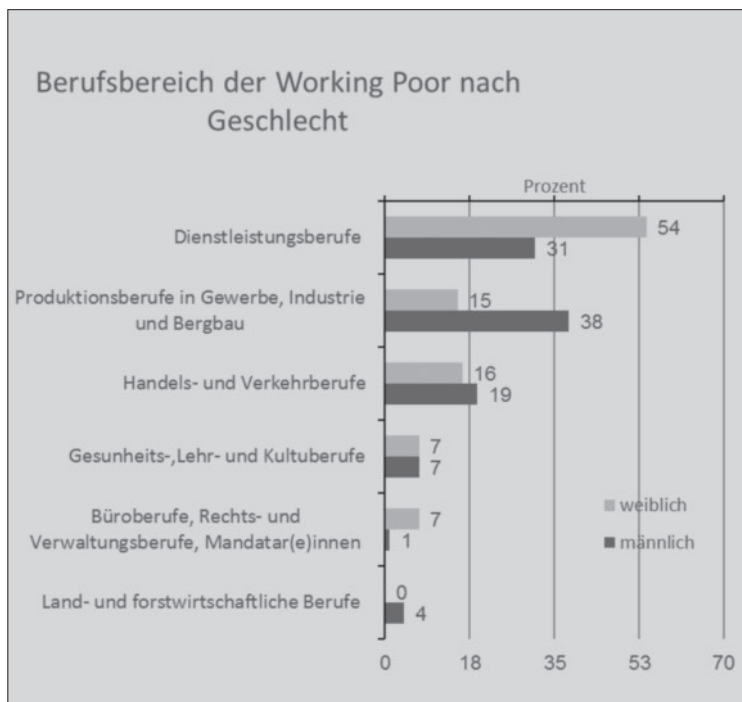


Abbildung 1: Berufsbereiche der Working Poor nach Geschlecht (2010), AK Wien 2011, S. 34

keiten der Lebensführung werden besonders von den Arbeitsbedingungen, den Arbeitszeiten und dem Erfüllen von Flexibilisierungsanforderungen beeinflusst. (vgl. Hielscher 2000, S. 38f)

Personen in prekären Arbeitsverhältnissen sind mit vielen gesundheitsrelevanten Faktoren konfrontiert - unsicheren Jobs, finanziellen und rechtlichen Einschränkungen oder gesundheitsgefährdenden Tätigkeiten. Aufgrund dieser Umstände sterben Angehörige der niedrigsten Einkommensschicht durchschnittlich sieben Jahre früher als jene, die über ein höheres Einkommen verfügen (vgl. Schenk 2008, S. 93f). Es gilt dabei festzustellen, dass ein geringes Einkommen an sich nicht krank macht, vielmehr liegt es an der Alltagssituation, verbunden mit dem sozialen Status. Dies äußert sich in der Angst vor dem sozialen Abstieg, fehlender Anerkennung, Isolation und im geringen Ausgleich zwischen Beruf und Privatem (vgl. Schenk 2008, S. 96).

Eine von GEDA durchgeführte Studie (vgl. Robert Koch-Institut 2012) zeigt die gesundheitlichen Beeinträchtigungen je nach Erwerbstätigkeit auf. Hierzu wurde eine telefonische Befragung von 22.050 Männern und Frauen bezüglich der Anzahl der gesund-

heitlich beeinträchtigten Tage der letzten vier Wochen je nach Erwerbssituation durchgeführt, wobei eine Differenzierung nach ‚sicher beschäftigt‘, ‚prekär beschäftigt‘, ‚arbeitslos‘ und ‚langzeitarbeitslos‘ erfolgte. Des Weiteren wurde neben dem Geschlecht auch zwischen körperlichen, seelischen und funktionalen Beeinträchtigungen unterschieden. Es zeigte sich: je unsicherer das Arbeitsverhältnis, desto höher ist die Anzahl der Tage mit Beeinträchtigungen, sei es körperlich, seelisch oder funktional. Dies trifft bei Frauen und bei Männern gleichermaßen zu, wobei Frauen häufiger unter körperlicher und seelischer Belastung leiden als Männer. (vgl. Kroll/Lampert 2012, S. 4).

Prekär Beschäftigte sehen sich oft mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen konfrontiert, welche entweder aus der jeweiligen Tätigkeit resultieren können oder psychisch bedingt sind. Da eine prekäre Beschäftigung sowohl hoch- als auch

geringqualifizierte ArbeitnehmerInnen betrifft und die Betroffenen somit eine sehr heterogene Gruppe darstellen, sind einheitliche Aussagen bezüglich der individuellen gesundheitlichen Situationen schwierig (vgl. Ducki/Busch 2010, S. 24).

Geringqualifizierte Personen sind häufig in Nacht- oder Schichtarbeiten tätig. Die Betroffenen weisen hohe körperliche und psychische Belastungen auf. Ducki und Busch zufolge verfügt diese Gruppe über eine geringe Autonomie. Zudem herrscht auch eine ungleiche Arbeitsbeziehung zwischen den ArbeitnehmerInnen und deren ArbeitgeberInnen. Verglichen mit jenen ArbeitnehmerInnen, welche in einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis tätig sind, sind geringqualifizierte Personen mehr als doppelt so oft in Arbeitsunfälle involviert (vgl. Ducki/Busch 2010, S. 24). Zudem kann bei niedrigem Bildungsniveau ein risikoreicheres Gesundheitsverhalten beobachtet werden, welches sich in Bewegungsmangel und Übergewicht äußert und Herz-Kreislaufkrankungen zur Folge haben kann (vgl. Ducki/Busch 2010, S. 26).

Bei Zeit- und LeiharbeiterInnen sind die körperlichen und seelischen Belastungen Folgen des

vermehrten Einsatzes in gesundheitsgefährdeten Branchen, wie beispielsweise der Metall- und Chemieindustrie. Im Vergleich zu Normalbeschäftigten weist diese Gruppe ein höheres Belastungsniveau auf, welches durch eintönige und ungünstige Arbeitsbedingungen, wie beispielsweise Lärm und andauerndes Stehen, gekennzeichnet ist. Negative psychischen Folgen ergeben sich vor allem durch den hohen Leistungs- und Zeitdruck, die geringe Autonomie und die eingeschränkte Möglichkeit zur sozialen und arbeitsbedingten Teilhabe (vgl. Ducki/Busch 2010, S. 25).

Bei befristet Beschäftigten spielt die Angst um die eigene Existenz durch den häufigen Arbeitsplatzwechsel eine wesentliche Rolle. Durch einen Arbeitsortwechsel und ständig neue Arbeitssituationen wird zusätzlich das Knüpfen sozialer Kontakte erschwert. Erhöhter Leistungsdruck, der aus der Hoffnung auf die Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis resultiert, führt zu einer weiteren Belastung der psychischen Gesundheit. (vgl. Ducki/Busch 2010, S. 25).

Working Poor Im Ländervergleich

Oberösterreich weist, verglichen mit anderen Bundesländern und Gesamtösterreich, eine relativ geringe Working Poor-Quote auf (vgl. Statistik Austria 2013, S. 57f). Entgegen des auch medial verbreiteten Ein-

drucks eines steten Anwachsens der Working Poor ist de facto ein Rückgang des Anteils der Erwerbsarmen an den Erwerbstätigen festzustellen. So konnte dem auf Basis von EU-SILC-Daten aus 2011 erstellten Armutsbericht (vgl. European Commission 2012) zufolge von 2003 bis 2011 ein Rückgang um 2,2 Prozentpunkte verzeichnet werden, da der Anteil der Erwerbsarmen an allen Beschäftigten von 7,6 Prozent auf 5,4 Prozent gesunken ist. In den Jahren 2008 und 2009 kam es aufgrund der Wirtschaftskrise zwar zu einer kurzen Trendunterbrechung, zu einem Abbruch des Trends führte dies allerdings nicht. Im EU-Vergleich weist Österreich damit zurzeit den viertniedrigsten Wert auf. Geringere Working Poor-Quoten können nur Finnland, Belgien und Tschechien verzeichnen (vgl. Wirtschaftskammer Österreich 2014).

Lebensverhältnisse oberösterreichischer Arbeitsloser

Im Jahr 2012 haben 236.350 Personen in Österreich Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe bezogen, wovon 56 Prozent Arbeitslosengeld und 44 Prozent Notstandshilfe erhielten. Seit Anfang der 1980er Jahre ist die Zahl der LeistungsbezieherInnen stark gewachsen. Der Höchststand wurde 2009 infolge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise mit 237.525 Beziehenden erreicht. Die Arbeitslosenquote betrug 2014 5

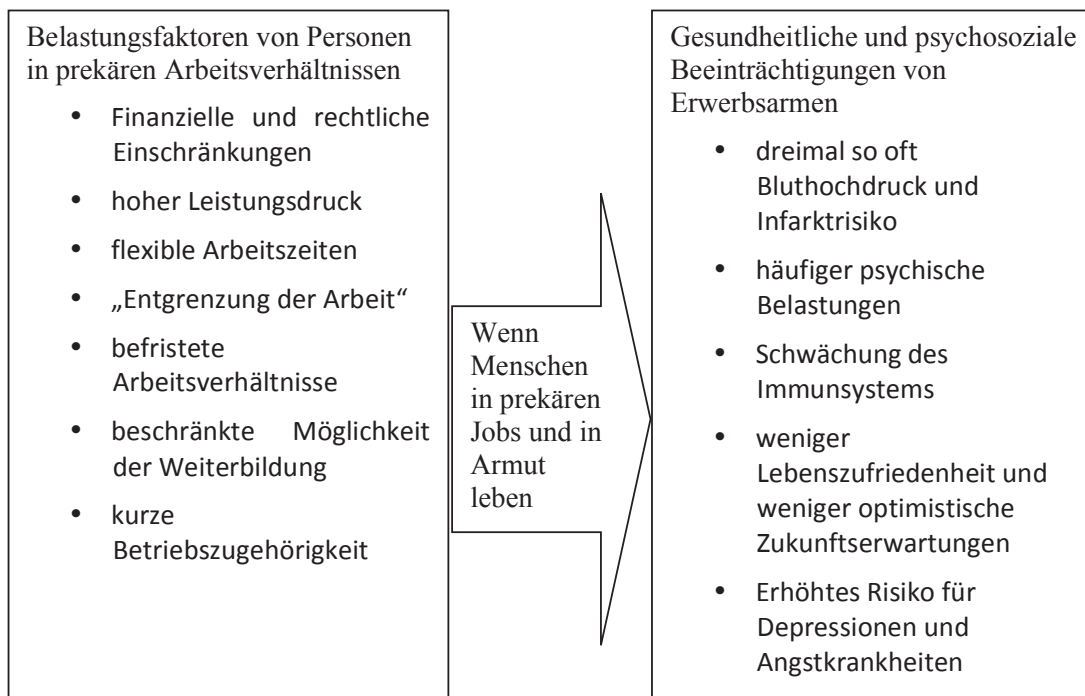


Abbildung 2: Zusammenhang zwischen Belastungsfaktoren und gesundheitlichen Beeinträchtigungen

Prozent (vgl. Statistik Austria 2014). Oberösterreich liegt in Bezug auf die Arbeitslosenquote im unteren Durchschnitt. Nur Tirol und Salzburg können geringere Arbeitslosenquoten vorweisen (vgl. Statistik Austria 2013, S. 57f).

Für die Betroffenen bedeutet das Leben in Arbeitslosigkeit eine tägliche Herausforderung, die sich gesundheitlich auswirkt. Sieben arbeitslose Menschen sprachen in qualitativen Interviews im Rahmen der Studie „Lebensverhältnisse und Gesundheit“ (vgl. Dieplinger/ Kaiser 2014) über soziale Tatsachen und über jene gesundheitliche Faktoren, die sie persönlich belasten.

Psychische Belastungen und Gesundheitsrisiken von arbeitslosen Menschen

Von Seiten der Befragten wurde berichtet, dass besonders die Psyche darunter leidet, wenn Arbeitslosigkeit, insbesondere länger andauernde Arbeitslosigkeit, vorliegt, weil psychische Erkrankungen und ein niedriges Selbstwertgefühl auftreten können.

„[...] weil man fühlt sich schlecht, wenn man nicht mehr arbeiten gehen kann, aber arbeiten gehen möchte, [...] dass man die Arbeit nicht mehr verrichten kann, die man jahrelang gemacht hat. Ich muss raus, ich fühle mich bestätigt, wenn ich arbeiten gehe und unter Leute bin [...] Arbeit ist im Prinzip nichts anderes als Kommunikation.“ (IP5, Z: 932-937)

Laut Wacker (1983, S. 64) gibt es bei arbeitslosen Menschen historisch gesehen eine Verschiebung von materiellen Problemen zu psychischen Einschränkungen. Es gibt kein spezifisches Arbeitslosensyndrom. Die Betroffenen leiden unter Depression, niedrigem Selbstwertgefühl oder Hoffnungslosigkeit. Depressionssymptome und Einschränkungen des Selbstwertgefühls können als Hauptsymptome angeführt werden (vgl. Frese & More 1978, z. n. Paul/ Hasse/ Moser, 2006, S.37).

„Am Anfang war es sehr schlecht, ein komisches Gefühl von Wertlosigkeit und der Verpflichtung etwas zu tun. [...] und es geht vielen Arbeitslosen psychisch schlecht, weil man eben teilweise ein schlechtes Gewissen hat, weil man „nix tut“ und andere schon [...]“ (IP1, Z: 48-49; Z50-151)

Der Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Gesundheit wird im öffentlichen Gesundheitsportal Österreich (2014) wie folgt beschrieben: Arbeitslosigkeit, Psyche und Gesundheit sind eng miteinander verbunden. Bei eingeschränkter Gesundheit kommt es

leichter zu Arbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit wiederum beeinflusst die Gesundheit negativ. Je länger man keine Arbeit hat, desto höher ist das Risiko, an gesundheitlichen Beschwerden zu leiden.

„[...] die Unterstützung müsste eher eine psychische sein, ja, die Menschen wieder aufzubauen, ihnen wieder das Gefühl zu geben, dass sie wertvolle Arbeitskräfte sind [...]“ (IP9, Z: 2148-2150).

Nach Aussagen der Interviewten wäre psychische Unterstützung nötig, die im Gegensatz zur medizinischen Versorgung nicht ausreichend zur Verfügung steht und als Hauptproblem angesehen wird. Hier wird seitens der befragten ExpertenInnen ein besonderer Handlungsbedarf gesehen.

Ein weiteres Thema ist für die Befragten die Angst vor Diskriminierung:

„Ich könnte mir einen Invalidenausweis holen als Diabetiker. Das traue ich mir aber nicht, denn bei einem Vorstellungsgespräch muss man dann sagen, dass man Invalide ist. [...] Das ist sicher nachteilig. Weil wer nimmt sich schon gerne einen kranken Menschen ins Unternehmen? Wenn 50.000 Gesunde herumlaufen, die denselben Job wollen.“ (IP3, Z: 520-522, 529-531)

Für ältere Arbeitslose ist es schwierig, wieder einen Arbeitsplatz zu finden und in das Erwerbsleben einzusteigen. Viele manuelle Tätigkeiten können im hohen Alter nicht mehr ausgeführt werden und Umschulungen stellen ein Problem dar.

„Man hat überhaupt keine Chance mehr, obwohl man sehr viel Erfahrung ja mitbringt [...]“ (IP9, Z: 2151-2152)

„[...] gestern hat die Krankenversicherung zum ersten Mal bei einer Bewerbung erklärt, dass ich zu alt bin und sie einen Jüngeren suchen.“ (IP3, Z: 338-340)

Seitens des Arbeitsmarktservice (AMS) wird nach Auskunft der Interviewten nicht auf die psychischen Beschwerden der Betroffenen eingegangen. Sechs von sieben befragten Personen wurde von Seiten des AMS keine Unterstützung in gesundheitlichen Belangen angeboten. Fünf von sieben Befragten bezeichnen sich selbst als depressiv. Zwei nehmen Psychopharmaka. Eine Person hatte in Folge einer sehr überlastenden Arbeit laut eigenen Angaben ein „Burn-Out“.

In Bezug auf den Gesundheitszustand berichteten die Befragten über Rückenschmerzen, Bandschei-

benprobleme sowie chronische Erkrankungen, die aus der vor der Arbeitslosigkeit ausgeführten Tätigkeit entstanden.

Anna Dieplinger, Agnes Kaiser

Literatur

AK Wien - Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hg.): Working Poor in Wien. Bestandsaufnahme von SozialhilfebezieherInnen mit parallelem Erwerbseinkommen, Wien 2011.

Dieplinger, A./ Kaiser, A. (2014): Lebensverhältnisse und Gesundheit. JKU Linz, erhältlich unter: agnes.kaiser@jku.at

Dörre, K. et al.: Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, Bonn 2006.

Ducki, A./ Busch, C. (2010): Gesundheitsförderung bei Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. In: GGW, Jg. 10, Heft 2 (April), S. 22-30.

European Commission (2012): Employment and Social Developments in Europe 2012. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

Hielscher, V. (2000): Entgrenzung von Arbeit und Leben? Die Flexibilisierung von Arbeitszeiten und ihre Folgewirkungen für die Beschäftigten, URL: <http://berlin01.juparl.de/downloads/literaturstudie.pdf> (dl. am 23.04.2014)

Keller, B./ Seifert, H. (2006): Atypische Beschäftigungsverhältnisse: Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität. In: WSI Mitteilungen 5/2006, S. 235-240.

Kroll, L. E./ Lampert, T. (2012): Arbeitslosigkeit, prekäre Be-

schäftigung und Gesundheit. Zahlen und Trends aus der Gesundheitsberichterstattung des Bundes. In: Robert Koch-Institut (Hg.): GBE Kompakt. Jg. 3, 1/2012, S. 1-8.

Öffentliches Gesundheitsportal Österreichs (2014): Gesundheitliche Auswirkungen der Arbeitslosigkeit. URL: <https://www.gesundheit.gv.at/Portal.Node/ghp/public/content/arbeitslosigkeit-gesundheit.html> (dl. am 24.05.2014)

Paul, K./ Hasse, A./ Moser, K. (2006): Die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die psychische Gesundheit: Befunde einer quantitativen Forschungsintegration. In: Hollederer, A./ Brand, H. (Hg.): Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Krankheit. 1. Auflage, Bern: Huber

Schenk, M. (2008): Armut in Österreich - ein Befund. In: WISO 3/2008, S. 192-208

Statistik Austria (2012): Armuts- oder Ausgrenzunggefährdung. URL: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/gender-statistik/armutsgefaehrderung/index.html Wien: Statistik Austria (dl. am 29.05.2014)

Statistik Austria (2013): Studie zu Armut und sozialer Eingliederung in den Bundesländern, Wien.

Statistik Austria (2014): Arbeitslose (internationale und nationale Definition), Nicht-Erwerbspersonen mit Arbeitswunsch. URL: http://www.statistik.gv.at/web_de/statistiken/arbeitsmarkt/arbeitslose_arbeitsuchende/index.html (dl. am 19.05.2014)

Wacker, A. (1983): Arbeitslosigkeit. Soziale und psychische Folgen. 3.Auflage, Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt

Wirtschaftskammer Österreich (2014): Working Poor Trend. URL: https://www.wko.at/Content.Node/Interessenvertretung/Arbeit-und-Soziales/2013-01-25_SPIK_-_SozialPolitik_Informativ_Kurz.html (dl. am 23.04.2014)

Leiharbeit macht krank

In keiner anderen Berufssparte gibt es so viele Krankengeldfälle wie in der Leasingbranche. Die beiden Hauptgründe: LeiharbeiterInnen leiden verstärkt unter krank machenden Arbeitsbedingungen – und ihre ArbeitgeberInnen drängen sie im Krankenstand häufig zur einvernehmlichen Auflösung des Arbeitsverhältnisses oder zur Selbstkündigung.

Die Praxis vieler Leasingfirmen, krank gewordene MitarbeiterInnen im Krankenstand ab- und danach wie-

der anzumelden, kostet die Allgemeinheit viel Geld. Denn in diesen Fällen erhalten die betroffenen LeasingarbeitnehmerInnen anstatt der Entgeltfortzahlung durch den Betrieb das Krankengeld der Gebietskrankenkasse.

Fast jeder zehnte Krankengeldfall in Oberösterreich (9,7%) entfällt auf die Leasingbranche. In keiner anderen Wirtschaftssparte gibt es mehr Krankengeldfälle, obwohl von allen unselbständig Beschäftigten in Oberösterreich nur 3,9 Prozent in der Leiharbeitsbranche arbeiten. Auch die Zahl der Krankenstandstage bei den Leasingbeschäftigten ist alarmierend: Knapp sechs Prozent aller Krankenstände in Oberösterreich entfielen im vergangenen Jahr auf die Leiharbeitsbranche. Außerdem müssen LeasingarbeiterInnen aufgrund von psychischen Erkrankungen deutlich öfter bzw. länger behandelt werden als fest angestellte

ArbeiterInnen, besagen die Statistiken der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse.

Fehlende Anerkennung

Die Beschäftigten in der Leiharbeitsbranche verrichten oft körperlich anstrengende Tätigkeiten und leiden unter ihren prekären Arbeitsverhältnissen, mangelnden Entwicklungsmöglichkeiten, einem häufigen Wechsel der Einsatzorte und fehlender Anerkennung, weil sie nicht Teil der Stammebelegschaft sind.

Kaum verwunderlich ist es daher, dass LeiharbeiterInnen wenig optimistisch sind, bis zum gesetzlichen Pensionsantrittsalter durchzuhalten. Der Österreichische Arbeitsklima Index von AK Oberösterreich und IFES zeigt, dass rund zwei Drittel (67%) der Leasingbeschäftigten es als sehr unwahrscheinlich oder eher unwahrscheinlich einschätzen, ihre berufliche Tätigkeit noch bis zum Alter von 65 Jahren ausüben zu können.

Im Vergleich dazu glauben immerhin noch 57 Prozent aller Beschäftigten, dass sie im Hinblick auf ihren Gesundheitszustand ihren Beruf bis zum Regel-pensionsalter ausüben können. Doch auch diese Zahl ist sehr niedrig, wenn man bedenkt, dass das faktische Pensionsalter ja angehoben werden soll. Dabei kann Arbeit durchaus zur Erhaltung der Gesundheit beitragen. Aber nur, wenn sie bewältigbar ist, den jeweiligen Kompetenzen entspricht, Weiterentwicklung ermöglicht und wertgeschätzt wird. Ständige Überforderung hingegen macht krank.

Gesundheit muss im Mittelpunkt stehen

„Die Jobintegration von älteren oder gesundheitlich beeinträchtigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch Leiharbeit kann unter den derzeitigen Bedingungen nicht funktionieren. Die Gesundheit der Beschäftigten in dieser Branche muss verbindlich im Mittelpunkt stehen“, postuliert AK-Präsident Johann Kalliauer. Er appelliert an die Unternehmen, Leiharbeitskräfte maximal zur Abdeckung von Auftragsspitzen einzusetzen und LeasingarbeitnehmerInnen fix in den Betrieb zu übernehmen, wenn diese dort über einen längeren Zeitraum beschäftigt sind. Der Anteil an LeiharbeiterInnen je Betrieb sollte seines

Erachtens auf höchstens zehn Prozent beschränkt werden.

Die AK fordert die Wiedereinführung des Entgeltfortzahlungsfonds für alle Betriebe und einen Kündigungsschutz während des Krankenstands. Einvernehmliche Auflösungen des Arbeitsverhältnisses im Krankenstand dürften nicht zum Entfall der Entgeltfortzahlungspflicht durch die Betriebe führen. Nur so könne ein Abwälzen der Kosten auf die Allgemeinheit verhindert werden.

Steigender Beschäftigungsanteil

Die LeiharbeiterInnen sind mit einem Beschäftigungsanteil von ca. vier Prozent hinter den Teilzeitbeschäftigten (16%) und den geringfügig Beschäftigten die drittgrößte Gruppe der atypisch Beschäftigten in Österreich. Im Vergleich zu 2008 hat vor allem die Leiharbeit zugenommen, weiters die Teilzeitbeschäftigung und der Anteil an geringfügig Beschäftigten.

Ende 2008 waren in Österreich knapp über 900.000 un-selbstständig Erwerb-stätige atypisch beschäftigt, fünf Jahre danach waren es um fast 250.000 Menschen mehr. Im Grunde besteht der Beschäftigungsanstieg hierzulande fast zur Gänze aus

atypischen Stellen, Normalarbeitsverhältnisse werden hingegen immer seltener. Vor allem Männer in höheren beruflichen Positionen und ohne Migrationshintergrund bekleiden am ehesten noch Normalarbeitsverhältnisse.

Frauen sind aufgrund der höheren Teilzeitquote deutlich häufiger in atypischer Beschäftigung als Männer. Niedrigqualifizierte sind häufiger in befristeten Vollzeitpositionen und in Leiharbeit zu finden, Höherqualifizierte dafür öfter in befristeten Teilzeitstellen und als Freie DienstnehmerInnen. Auffällig ist, dass 44 Prozent der MigrantInnen atypisch beschäftigt sind, vor allem als LeiharbeiterInnen (15%).

Quellen: AKOÖ-Mediendienst Nr. 10332 vom 02.08.2013, Nr. 10457 vom 11.04.2014 und Nr. 10501 vom 01.08.2014

Strategien für eine gesündere Arbeitswelt

„Schaffen wir den Job – oder schafft er uns?“ Darüber diskutierten bei den „Nürnberger Gesprächen“ im November des Vorjahres ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis.

Immer mehr Beschäftigte klagen über wachsenden Termindruck, Leistungsdruck und Stress. Die Zahl der Fehltage wegen psychischer Belastungen hat sich in Deutschland seit dem Jahr 2000 verdreifacht. Verschärft wird das Problem dadurch, dass die Beschäftigten im Schnitt immer älter werden und zugleich länger im Erwerbsleben verbleiben sollen. Politik, Sozialpartner und Betriebe sind gefordert, sich dieser Herausforderung zu stellen und probate Lösungen zu entwickeln. Über adäquate Strategien für eine gesündere Arbeitswelt diskutierten vier ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis im Rahmen der Nürnberger Gespräche, die am 18. November 2013 traditionsgemäß im Historischen Rathaussaal der Stadt Nürnberg stattfanden. Dieses Gesprächsforum wird von der Bundesagentur für Arbeit, unter Federführung des IAB, und der Stadt Nürnberg zweimal jährlich ausgerichtet und steht allen Interessierten offen.

Anstieg psychischer Arbeitsbelastungen

Moderatorin *Maike Rademaker* machte in ihrer Eingangsfrage auf zwei Befunde aufmerksam, die einander zu widersprechen scheinen: einerseits die Tatsache, dass „wir alle gesünder werden“, andererseits die weit verbreitete Wahrnehmung, dass der psychische Stress am Arbeitsplatz zunimmt. Wie komplex die Auswirkungen der Arbeit auf die individuelle Gesundheit tatsächlich sind, machte *Hans Martin Hasselhorn*, Leiter des Fachbereichs „Arbeit und Gesundheit“ bei der deutschen Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA), deutlich. „Arbeit hält gesund, die positiven Effekte überwiegen klar“, zeigte sich Hasselhorn überzeugt. Allerdings gelte dies nicht für alle Personen und Berufsgruppen. So seien beispielsweise knapp zehn Prozent aller Krankenhauseinweisungen auf Gründe zurückzuführen, die im beruflichen Umfeld lägen. Psychische Arbeitsbelastungen können laut Hasselhorn nicht nur zu psychischen Störungen, sondern auch zu körperlichen Krankheiten führen. Der Arbeitsmediziner befand, dass psychischen Krankheiten heute endlich der Stellenwert eingeräumt werde,

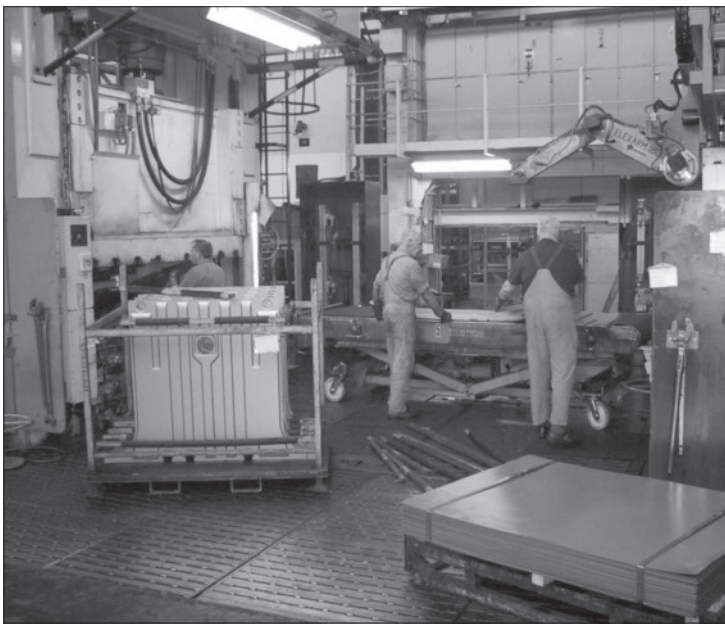
den sie verdienen. Dennoch wollte Hasselhorn kein endgültiges Urteil darüber abgeben, ob die Zahl der psychischen Erkrankungen tatsächlich zunimmt oder ob die Zunahme vor allem der Tatsache geschuldet ist, dass psychische Erkrankungen im Vergleich zu früher heute eher als solche erkannt und akzeptiert werden.

Für *Verena Di Pasquale*, die im DGB Bayern die Abteilung für Sozial- und Gesundheitspolitik leitet, steht der extreme Anstieg der psychischen Erkrankungen hingegen außer Zweifel. Sie wies darauf hin, dass derzeit 40 Prozent aller Renten wegen Erwerbsunfähigkeit aufgrund psychischer Erkrankungen gezahlt werden. Zur Situation in Bayern sagte sie, dass hier die Menschen im Schnitt mit 64 Jahren in Rente gehen. „Wer aber aufgrund gesundheitlicher Störungen in Rente geht, ist im Schnitt erst 51 Jahre alt.“

Dass die Betriebe viel tun können, um den Krankenstand ihrer Beschäftigten zu reduzieren, zeigt sich am Beispiel der Pilkington Deutschland AG, eines weltweit agierenden Herstellers von Glasprodukten. So beträgt der Krankenstand im Werk Weiherhammer, in dem die Beschäftigten im permanenten Schichtbetrieb und unter körperlich anspruchsvollen Bedingungen arbeiten, nur zwischen zwei und drei Prozent – wie Werksleiter *Reinhold Gietl* nicht ohne Stolz verkündete. Bemerkenswert sei, dass die älteren Beschäftigten seltener krank sind als die jüngeren. Gietl führt dies zum einen auf die Erfahrungen der Älteren zurück: „Die Älteren kennen die Abkürzung“, brachte er deren Vorzüge auf den Punkt. Zum anderen werden diejenigen, die trotz betrieblicher Gesundheitsförderung nicht mehr in der Lage sind, in der Produktion zu arbeiten, bei Pilkington nicht automatisch aufs Altenteil verfrachtet, sondern beispielsweise als Portier im Unternehmen weiterbeschäftigt – was nur deswegen möglich ist, weil diese Tätigkeit – anders als bei den meisten Unternehmen – nicht an Fremdfirmen ausgelagert wurde.

Problembereich Präsentismus

Mit einem Krankenstand von zwei bis drei Prozent liegt Pilkington nach Einschätzung der Nürnberger Wirtschaftssoziologin *Monika Jungbauer-Gans* etwa bei der Hälfte des Bundesdurchschnitts von 4,9 Prozent. Dies sei insofern bemerkenswert, als das Verarbeitende Gewerbe traditionell eine der Branchen mit dem höchsten Krankenstand in Deutschland ist. Auch bei Menschen in Zeitarbeit, Teilzeit und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen lassen sich laut Jungbauer-Gans mehr Krankenstände feststellen als bei dauerhaft Beschäftigten. Zudem machte die Sozialwissenschaftlerin auf das Problem des Präsentismus



Die Gefährdungsbeurteilung wird in Deutschland nur in einem Drittel der Betriebe durchgeführt. Quelle: snf

aufmerksam – auf Beschäftigte also, die zur Arbeit gehen, obwohl sie krank sind und besser zu Hause bleiben sollten. Jungbauer-Gans zufolge zeigen Berechnungen, dass diese Beschäftigten ihre Arbeitgeber doppelt so teuer kommen wie diejenigen, die sich tatsächlich krankmelden – teils, weil sie deutlich weniger leistungsfähig sind, teils, weil sie ihre ArbeitskollegInnen möglicherweise anstecken.

Arbeitsschutzmaßnahmen nicht überall umgesetzt

Intensiv befasste sich das Podium mit der Frage, inwieweit es neuer gesetzlicher Regelungen bedarf, um die Gesundheit am Arbeitsplatz zu verbessern. Schon heute gibt es in Deutschland eine Reihe einschlägiger Vorschriften, die aber in vielen Betrieben nicht durchgeführt würden, wie Verena Di Pasquale beklagte. Als Beispiel führte sie die Gefährdungsbeurteilung an. Demnach sind die Betriebe verpflichtet, alle mit der Arbeit verbundenen Gefährdungen zu beurteilen und zu ermitteln, welche Maßnahmen des Arbeitsschutzes zwingend erforderlich sind. Laut Di Pasquale sieht die betriebliche Realität vielfach anders aus: „Die Gefährdungsbeurteilung wird nur in einem Drittel der Betriebe durchgeführt; und nur neun Prozent der Betriebe tun dies für psychische Belastungen“. Die Gewerkschafterin forderte daher entsprechende Sanktionen, aber auch eine bessere Unterstützung und Kontrolle durch die Gewerbeaufsicht. „Manche Be-

triebe wissen gar nicht, dass sie eine Gefährdungsbeurteilung durchführen müssen“, ergänzte Hans Martin Hasselhorn.

Auch in diesem Punkt präsentierte sich Reinhold Gietl als „Vorzeige-Unternehmer“: „Ein Arbeitsplatzaudit und eine Gefährdungsanalyse sind etwas Positives“, befand er. Die Kosten hält Gietl für gerechtfertigt, denn sie seien eine „Investition in die Zukunft“ – und fügte hinzu: „Wer sich auf eine Kostendiskussion einlässt, hat schon verloren“. Auch der Selbstausschöpfung seiner MitarbeiterInnen weiß Gietl einen Riegel vorzuschieben: In seinem Werk müsse jeder Beschäftigte mindestens einmal im Jahr für mindestens drei Wochen am Stück Urlaub nehmen – und in dieser Zeit sein Diensthandy abgeben.

Dass Gietl – nach eigenem Bekunden – mit einem Kollegen aus der Geschäftsführung in einer Bonusregelung vereinbarte, dass dieser seinen Kaffeekonsum auf zwei Tassen am Tag reduzieren, das Rauchen einstellen und sein tägliches Sportpensum erhöhen soll, wurde allerdings von Gewerkschafterin Di Pasquale als „übergriffiges Verhalten“ getadelt. So fiel die bis dahin sehr einmütige Diskussion dann doch noch etwas kontroverser aus. Di Pasquale plädierte zudem dafür, auf gleiche Lebensverhältnisse hinzuwirken und die bestehenden Beschäftigungsverhältnisse zu verbessern. Denn Gesundheit ist aus ihrer Sicht auch eine Frage des individuellen Wohlstands – was sich beispielhaft daran ersehen lasse, dass sich reiche Menschen eine bessere Ernährung leisten können als weniger begüterte Personen.

„Diversity Management“ im Betrieb empfohlen

Die Soziologin Jungbauer-Gans empfahl den Betrieben, Strategien für eine gesündere Arbeitswelt mit einer Personalpolitik zu verbinden, die auf „Diversity Management“ setzt, und sich stärker als bisher auf „untypische“ Beschäftigtengruppen wie Behinderte, Ältere und MigrantInnen einzustellen. Der Sozialmediziner Hasselhorn warnte die Betriebe davor, ihren Fokus alleine auf das Thema Gesundheit zu richten, wenn es darum geht, ältere ArbeitnehmerInnen in Beschäftigung zu halten. Es gehe auch um Motivation, Qualifizierung und Weiterbildung. Auf Nachfragen aus dem Publikum machte Hasselhorn deutlich, dass

auch den Betriebsräten eine wichtige Funktion für das betriebliche Gesundheitsmanagement zukommt. Denn Unternehmen mit Betriebsrat zeichneten sich im Schnitt durch ein deutlich besseres Gesundheitsmanagement aus.

Nürnberg's Oberbürgermeister *Ulrich Maly* lobte in seinem Schlusswort noch einmal die Einstellung des Unternehmers Reinhold Gietl zum Thema Gesundheitsförderung im Betrieb – was ihm auch deswegen

leicht gefallen sein dürfte, als die vorangegangenen Wortmeldungen aus dem Publikum auf drastische Negativbeispiele aus der Region hingewiesen hatten. Angesichts der Tatsache, dass zwischen den DiskutantInnen wenig Dissens festzustellen war, bilanzierte das Stadtoberhaupt: „Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem“.

Quelle: www.iab.de, 22.11.2013

Beratungsinitiative für mehr Gesundheit am Arbeitsplatz

Rund 35.000 Personen und 500 Betriebe haben sich bisher an die Beratungsstellen von fit2work gewendet. Psychische Erkrankungen waren die häufigste Ursache für Konsultationen, gefolgt von Erkrankungen des Bewegungs- und Stützapparates, zeigt eine aktuelle Zwischenbilanz.

Im Herbst 2011 eröffneten die ersten fit2work Beratungsstellen in Wien, Niederösterreich und der Steiermark, seit Jahresbeginn 2013 ist fit2work in allen neun Bundesländern vertreten. „Innerhalb der ersten drei Jahre haben knapp 35.000 Personen und 500 Betriebe die Beratungsstellen besucht und eine Basisinformationen erhalten – mit dem Ziel, die Gesundheit am Arbeitsplatz nachhaltig zu verbessern“, zog Sozialminister Rudolf Hundstorfer drei Jahre nach dem Start der Beratungsinitiative eine Zwischenbilanz. Ein sehr großer Teil der InteressentInnen ist bereits einen Schritt weiter: „Rund 20.000 Menschen haben in ganz Österreich nach der Basisinformation bereits eine Erstberatung in Anspruch genommen und knapp 2.500 werden derzeit im Rahmen eines individuellen Case Management betreut und mehr als 6.000 haben die Beratung bereits abgeschlossen“, informierte der Minister.

Von den 500 interessierten Betrieben befinden sich mittlerweile 234 Unternehmen in der ersten Stufe der Betriebsberatung, check4start, die von ExpertInnen

der AUVA durchgeführt wird, und knapp 170 Betriebe wurden bereits in die individuelle fit2work Betriebsberatung weitergeleitet. „Ausgangspunkt unserer Initiative waren Umfragewerte, die zeigten, dass ein Drittel aller österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von gesundheitlichen Beeinträchtigungen am Arbeitsplatz betroffen waren – diese alarmierend hohe Zahl nachhaltig zu senken, war und ist das Ziel des fit2work Beratungsangebots“, betonte der Sozialminister, der sich darüber erfreut zeigte, dass das Angebot sowohl von der Bevölkerung als auch von den Unternehmen angenommen wird.

Auffallend ist, dass mit 42 Prozent (davon 63% Frauen und 37% Männer) die Mehrheit der Ratsuchenden angibt, unter einer psychischen Erkrankung zu leiden. Ein weiteres Drittel (davon 57% weiblich und 42% männlich) leidet unter einer Erkrankung des Bewegungs- und Stützapparates, des Skeletts oder der Muskeln. Die Gründe für die psychischen Belastungen liegen vor allem in anhaltendem Stress, (unbezahlten) Überstunden, Problemen mit Führungskräften und ArbeitskollegInnen, Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes bzw. darin, keine adäquaten Arbeitsplatz zu finden, sowie Mobbing am Arbeitsplatz. Die Folgen dieser oft chronifizierten Belastungen reichen von Depression und Schlafstörungen über Burnout, Migräne bzw. Nervenerkrankungen und Magen-Darbeschwerden bis hin zu körperlichen Erkrankungen wie Herz-Kreislaufkrankungen.

Kooperation mit Partnerinstitutionen erleichtert Zugang

Insgesamt haben seit Beginn der Initiative im Jahr 2011 knapp 65.000 Personen Informationen und / oder Beratung bei fit2work eingeholt. Die Aufteilung auf die Bundesländer entspricht in etwa den Bevöl-

kerungsanteilen: Die höchsten Zahlen weist Wien vor Niederösterreich, Oberösterreich und der Steiermark auf. Dass die Nachfrage nach einer Beratung zur Gesundheit am Arbeitsplatz nicht abreißt, zeigen die aktuellen Zahlen von 2014: Bis Ende September haben sich knapp 21.500 Menschen an die fit2work-Personenberatung gewandt, davon haben 10.380 Informationen eingeholt, rund 7.200 eine Erstberatung und weitere knapp 4.000 Menschen ein Case Management in Anspruch genommen.

Die Evaluierung zeigt außerdem, dass knapp die Hälfte aller Personen über die jeweilige Gebietskrankenkasse Zugang zu fit2work finden. Die zweithäufigste Zugangsart entfällt auf Selbstmelder (23%), die über öffentliche Informationen bzw. Empfehlungen vom Beratungsangebot erfahren haben. Auf Platz 3 der Zugangsarten liegt das Arbeitsmarktservice mit 15 Prozent. „Die positive Zusammenarbeit mit unseren Partnern sowie eine österreichweite Informationskampagne waren maßgeblich daran beteiligt, dass so viele Menschen von unserem Angebot erfahren und es bei Bedarf auch in Anspruch genommen haben“, so Hundstorfer weiter.

Niederschwelliges Angebot

Ziel von fit2work ist, mit diesem niederschweligen Beratungsangebot Informationen, Beratung und

Unterstützung bei Fragen zur seelischen und körperlichen Gesundheit am Arbeitsplatz zu liefern. Die Beratung steht erwerbstätigen, arbeitssuchenden und arbeitslosen Personen, insbesondere nach oder während längerer Krankenstände, sowie WiedereinsteigerInnen und Betrieben zur Verfügung. Die MitarbeiterInnen von fit2work beraten, um ein frühzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu vermeiden bzw. um rechtzeitig geeignete Wiedereingliederungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

„Eine Beratung zahlt sich sowohl für ArbeitnehmerInnen als auch für ArbeitgeberInnen mehr als aus: Neben der verbesserten Arbeitsfähigkeit und geringeren Krankenständen und Abwesenheitszeiten profitieren Unternehmen vor allem von der Verhinderung eines frühzeitigen Ausscheidens von MitarbeiterInnen aus dem Erwerbsleben“, skizzierte der Sozialminister eine Win-win-Situation für alle Beteiligten. Damit bleibt den Betrieben wertvolles Know-How erhalten und sie ersparen sich die zeit- und kostenintensive Suche nach und die Einarbeitung von Ersatzarbeitskräften.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, 13.10.2014

Burnout als Herausforderung für die ärztliche Praxis

Andreas Eder erforschte in seiner Diplomarbeit, wie oberösterreichische ÄrztInnen mit dem Phänomen Burnout umgehen und welche Handlungsbedarfe sie diesbezüglich sehen.

Studien belegen, dass die Kosten für psychische Erkrankungen in Österreich im Steigen begriffen sind: So waren im Jahr 2009 rund 78.000 ÖsterreicherInnen aufgrund psychischer Beschwerden im Krankenstand. Dies stellt eine Zunahme von 22 Prozent in nur zwei Jahren dar und ist mehr als doppelt so hoch wie die Zunahme bei rein körperlichen Diagnosen (+10%).

Zudem ist der Krankenstand bei psychischen Leiden mit durchschnittlich 40 Tagen bedeutend länger als bei rein körperlichen Diagnosen (11 Tage). Ähnlich verhält es sich bei der Medikamentenverschreibung: Von 2007 bis 2009 stiegen die stationären Aufenthalte wegen psychischer Erkrankungen um 1,5 Prozent, die Medikamentenverschreibung aber um 17 Prozent. Diese Erhöhung bei der Psychopharmaka-Verschreibung ist somit rund dreimal so hoch wie die Steigerung aller verschriebenen Medikamente (+6,3%) in diesem Zeitraum. Jährlich werden zwischen 790 und 850 Mio. Euro für psychisch erkrankte Menschen in Österreich ausgegeben (Schneider/Dreer 2013: 10ff.). Die Wirtschaftskammer Österreich beziffert die volkswirtschaftlichen Kosten von psychischen Erkrankungen mit jährlich rund 7 Milliarden Euro (Schuster 2010: 1).

In diesem Zusammenhang wird oft vom Phänomen Burnout gesprochen, wovon laut Medien immer mehr

ÖsterreicherInnen betroffen sind¹. Obwohl Burnout nach internationalen Diagnosestandards (ICD 10 und DSM-V) keine Krankheit darstellt (vgl. Lesky 2010: 1f.; Hillert/Marwitz 2006: 161ff.; Sosnowsky 2013: 129f.; Rösing 2008: 86; Berger et al. 2012: 5; Brühlmann 2007: 902), finden sich dennoch Personen, die darunter leiden und für sich reale gesundheitliche Symptome aufweisen und daher Dienste des Gesundheitssystems in Anspruch nehmen. Somit stellt neben den wachsenden Kosten für Krankenkassen der Umgang mit dem Phänomen die behandelnden ÄrztInnen vor eine neue Herausforderung.

Um herauszufinden, wie die ärztliche Praxis in Oberösterreich mit dem Phänomen Burnout umgeht, wurden im Rahmen einer Diplomarbeit (Eder 2014) zwölf leitfaden-gestützte ExpertInneninterviews mit ÄrztInnen durchgeführt und ausgewertet (Genauerer siehe Infobox). Fraglich ist auch, was Burnout genau ist, wenn es sich nach Diagnosestandards nicht um ein Syndrom mit Krankheitswert handelt. Um dies zu beantworten, wurden im Rahmen der Arbeit gängige Ansätze und Erklärungsmuster zur Entstehung eines Burnouts dargestellt und analysiert. Dabei ließen sich zwei Theoriestränge feststellen: intrapsychische Erklärungsansätze und arbeits- und organisationspsychologische Erklärungsansätze. Bei ersteren wird angenommen, dass Burnout von der Person selbst ausgeht und nicht unbedingt äußere Auslöser hierfür notwendig sind. Letztere hingegen legen den Fokus auf die Umweltbedingungen. Nicht die individuelle Disposition ist ausschlaggebend, sondern die Umwelt ruft einen Burnout-Prozess hervor. Obwohl sich die Vielzahl an Erklärungsansätzen in zwei Erklärungsstränge einteilen lässt, ist festzustellen, dass bisher keine einheitliche Definition von Burnout in der Wissenschaft erfolgt ist und auch kein einheitliches wissenschaftliches Konzept besteht (Lesky 2010: 1; Hillert/Marwitz 2006: 33; Brühlmann 2007: 901). Die Uneinigkeit in der Wissenschaft darüber, was Burnout genau ist, wirkt sich wiederum auf die ärztliche Praxis aus.

Die HausärztInnen, PsychiaterInnen und ArbeitsmedizinerInnen wurden zu folgenden Themenbereichen befragt:

- Konfrontation der ÄrztInnen mit dem Phänomen Burnout und Definition von Burnout seitens der ÄrztInnen

¹ Statistiken von offizieller Seite zur Anzahl von Burnout-Betroffenen in Österreich gibt es nicht, da Burnout nicht als anerkannte Krankheit gilt und damit auch keine Diagnose darstellt.

- Behandlung und Probleme bei der Behandlung von Burnout
- Verbesserung der Behandlung
- Prävention von Burnout

Im Folgenden wird ein Überblick über die wichtigsten Erkenntnisse der Arbeit gegeben.

Probleme bei der Behandlung

Derzeit gibt es laut ÄrztInnen zwei Problembereiche bei der Behandlung von Burnout-PatientInnen: die Früherkennung von Burnout und die bedingte Zugänglichkeit zum Gesundheitssystem.

Das frühe Erkennen von Burnout wird dadurch behindert, dass sich die PatientInnen erst in einem fortgeschrittenen Stadium melden. Dies hängt den befragten ÄrztInnen zufolge mit der mit Burnout einhergehenden Verleugnung psychischer Probleme zusammen. PatientInnen wollen ihre psychischen Probleme einfach nicht wahrhaben. Manche setzen das Eingeständnis eines Burnouts mit dem Eingeständnis des Scheiterns gleich. Bei einigen PatientInnen führt die Verleugnung psychischer Probleme soweit, dass sie nur ihre körperlichen Beschwerden (Herzprobleme, Magen-Darm-Probleme etc.) sehen. Dabei besteht die Gefahr, dass manche/r PatientIn dazu neigt, ein/e DoktorhopperIn zu werden, da er/sie z.B. glaubt, unter schweren Herzproblemen zu leiden.

Im Zusammenhang mit dem Leugnen jeglicher psychischer Probleme würden einige PatientInnen auch zur Selbstmedikation neigen. Durch Alkoholmissbrauch, erhöhten Nikotinkonsum und die Einnahme bedenklicher „Stärkungsmittel“ versuchen Burnout-Betroffene, gegen die Erschöpfung anzukommen. Diese Selbstmedikation würde die Verleugnung psychischer Probleme aber nur noch verstärken. Die PatientInnen kaufen eher diese Mittel, anstatt sich zu einer vernünftigen Therapie zu entschließen. Eine befragte Psychiaterin begründet dieses Verleugnen mit der Burnout-Theorie von Freudberger, die besagt, dass ein Burnout ohne Verleugnung psychischer Probleme gar nicht entstehen würde.

Die Zugänglichkeit zum Gesundheitssystem ist für Burnout-PatientInnen laut den befragten ÄrztInnen dadurch eingeschränkt, da die Facharztdichte an niedergelassenen PsychiaterInnen zu gering ist und die Kosten für die Psychotherapie zu hoch sind. Vorwiegend sei laut den HausärztInnen die geringe Anzahl an KassenpsychiaterInnen ein Problem. So kommen in Oberösterreich laut Oberösterreichische Gebietskrankenkasse (OÖGKK 2014) auf eine/n niedergelassene/n KassenpsychiaterIn 83.757 Einwohner. Wobei es ne-

ben den niedergelassenen KassenpsychiaterInnen mit insgesamt 13 psychiatrischen und einer psychiatrischen und neurologischen Ambulanz eine nicht unerhebliche Anzahl an Ambulanzen im psychiatrischen Bereich in Oberösterreich gibt (ÖBIG 2014).

Dennoch wird laut den HausärztInnen das Angebot an PsychiaterInnen immer geringer bei gleichzeitig steigender Anzahl an PatientInnen mit psychischen Problemen. Es bestünden derzeit in manchen Regionen Wartezeiten für einen Ersttermin von bis zu drei Monaten. Dies sei vor allem in Braunau, Wels und Linz der Fall.

Die Aussagen der ÄrztInnen decken sich dabei in etwa mit den statistischen Wartezeiten der Gebietskrankenkasse. So sind vor allem in Braunau die durchschnittlichen Wartezeiten auf einen Ersttermin zur Routineuntersuchung beim/bei der niedergelassene/n PsychiaterIn von durchschnittlich zwei Monaten sehr hoch. In Wels dauert die Wartezeit 30 bis 60 Werktagen. In Linz liegt man mit durchschnittlich 20 Werktagen noch knapp unter einem Monat Wartezeit.² Die durchschnittliche Wartezeit für eine/n Neupatienten/in zur Routineuntersuchung beträgt in Oberösterreich 27,5 Werktagen. Bei dringenden Problemen hingegen liegt die Wartezeit auf einen Ersttermin beim/bei der KassenpsychiaterIn bei durchschnittlich nur 0 bis 9 Werktagen (OÖGKK 2014).

Da es sich bei Burnout in den meisten Fällen aber um einen chronischen Verlauf handelt, sind die Wartezeiten für Routineuntersuchungen relevant. Somit kann gesagt werden, dass die langen Wartezeiten auf einen Ersttermin beim/bei der KassenpsychiaterIn zur Routineuntersuchung die HausärztInnen daran hindert, eine adäquate Behandlung einzuleiten bzw. die PatientInnen an kompetente Fachkräfte weiterzuleiten.

Ein weiteres Problem stellt laut ÄrztInnen die Finanzierung der Psychotherapie dar. Viele PatientInnen können und wollen sich die hohen Kosten für eine/n Psychotherapeuten/in nicht leisten.

Verbesserungspotential bei der derzeitigen Behandlung

Neben der zu geringen Dichte an KassenpsychiaterInnen und den für die PatientInnen oftmals zu hohen Kosten für Psychotherapie nannten die ÄrztInnen weitere Verbesserungspotentiale der derzeitigen Behandlung von Burnout. Die PsychiaterInnen sehen vor allem in der Diagnostik Verbesserungspotentiale. Die

psychische Seite der Erkrankung werde bislang gar nicht oder nur wenig diagnostiziert. Für völlig falsch wird die Tendenz, dass der psychische Bereich mit irgendwelchen Beruhigungsmitteln zugedeckt wird, gehalten. Im Zusammenhang mit der Diagnostik fordern die ÄrztInnen eine psychosomatische Grundausbildung für AllgemeinmedizinerInnen. Diese Grundausbildung sollte mehrfach verankert werden: zunächst im Studium, später im Spital und auch im niedergelassenen Bereich. Die spezielle Grundausbildung der Psychosomatik sei deshalb von Bedeutung, da die PatientInnen dadurch ganzheitlich behandelt werden. Darüber hinaus haben den ÄrztInnen zufolge mindestens 25 Prozent der PatientInnen, die zum/zur Hausarzt/Hausärztin kommen, eine psychische Problematik.

Verbesserungswürdig ist für die PsychiaterInnen auch die Unterstützung der Unternehmen bei Wiedereingliederungsmaßnahmen von Burnout-PatientInnen nach langem Krankenstand, da hier oft eine gewisse Hilflosigkeit in den Firmen feststellbar sei.

Was die Nachbehandlung betrifft, würden sich die HausärztInnen AnsprechpartnerInnen und/oder Gruppenangebote für die PatientInnen auch noch nach der erfolgreichen Behandlung wünschen.

Wünsche an die Sozialversicherung

Eine bessere Honorierung des ärztlichen Gespräches würde laut den ÄrztInnen eine Möglichkeit darstellen, die HausärztInnen bei der Bewältigung des Phänomens Burnout besser zu unterstützen. Die derzeitige geringe Honorierung des ärztlichen Gespräches sei kontraproduktiv, da man sich für den/die einzelne/n Patienten/in nur sehr wenig Zeit nehmen könne, da sich ansonsten die Arztpraxis finanziell nicht rechne. Eine höhere Honorierung habe aber nicht nur bzgl. des Phänomens Burnout Vorteile, sondern würde allgemein Kosten bei der Behandlung sparen. So sprach ein Hausarzt davon, dass durch das ärztliche Gespräch und die Untersuchung die richtigen Weichen für die Behandlung gestellt und die Folgekosten minimiert werden können. Wird eine falsche Diagnose gestellt, könne dies jahrelange Medikamentenkosten und immer wieder Krankenstände nach sich ziehen.

Die HausärztInnen monieren, dass die therapeutische Aussprache mit nur 11 Euro netto sehr gering honoriert werde. Erschwerend komme noch hinzu, dass im Fall von Burnout diese Gespräche nicht nur die verrechenbaren 10 Minuten dauern würden, sondern meistens 20 bis 30 Minuten oder länger.

Weiters würden sich die HausärztInnen die Streichung der Limitierung des therapeutischen Gespräches wün-

² Wenn man von einem Monat mit 22 Werktagen ohne Feiertage an Wochentagen ausgeht.

sehen, da gerade im Fall von Burnout ausführliche therapeutische Gespräche erforderlich seien. Aber genau da gibt es eine Limitierung seitens der GKK. Diese liegt derzeit bei 10 Prozent der behandelten PatientInnen im Quartal und ist laut ÄrztInnen aufgrund der hohen Anzahl an Burnout-Fällen schnell erreicht. Somit bekämen die ÄrztInnen viele therapeutische Gespräche nicht bezahlt. Da die Gespräche im Fall von Burnout mit 20 bis 30 Minuten vergleichsweise lange dauern, ist es für die ÄrztInnen schwierig, diese bei der generell großen Anzahl an PatientInnen im normalen Praxisalltag unterzubringen.

Weitere Gründe, die für die Streichung dieser Limitierung angeführt wurden, sind, dass - wie erwähnt - die Wartezeiten auf einen Ersttermin beim/bei der PsychiaterIn lange seien und dass manche PatientInnen nicht zum/r PsychiaterIn oder Psychotherapeuten/in gehen wollen. Deshalb müssten diese PatientInnen vom Hausarzt / von der Hausärztin selbst geführt und gecoacht werden. Dabei seien mehrere Gespräche erforderlich.

Auch die PsychiaterInnen haben den Wunsch, dass das ärztliche Gespräch in ihrem Bereich besser honoriert wird. So betonte ein befragter Psychiater, dass ein/e PsychiaterIn im Vergleich zu anderen FachärztInnen relativ gering honoriert werde: „Die Psychiater haben viel Arbeit und auch viel Verantwortung, weil da geht es um Suizidalität, da geht es um Pensionen und und und. Und verdienen viel weniger.“ Dem Psychiater zufolge würde dieses Missverhältnis dazu führen, dass sich junge ÄrztInnen gegen die Psychiatrie entscheiden.

Eine wichtige Forderung der ÄrztInnen an die Gebietskrankenkasse ist die Erhöhung der Dichte an KassenpsychiaterInnen. Einerseits gäbe es laut ÄrztInnen Nachwuchssorgen bei den PsychiaterInnen und andererseits sei die Anzahl der als WahlärztInnen tätigen PsychiaterInnen größer als die der KassenpsychiaterInnen. So können manche Kassenstellen nicht nachbesetzt werden, da es keine Interessenten gäbe. Daher sei es besonders wichtig, dass die Krankenkasse Anreize schafft, die es reizvoller machen, zum Kassentarif zu arbeiten. Die ÄrztInnen nannten einige Gründe, warum viele PsychiaterInnen lieber als Wahlarzt arbeiten:

- geringerer Tarif im Kassensystem
- zu große Anzahl an PatientInnen
- Limitierungen des therapeutischen Gesprächs
- viele Vorschriften; Bürokratie

Info-Box: InterviewpartnerInnen

6 HausärztInnen – Auswahlkriterien: Alter, Geschlecht, Region; Zusatzausbildungen (Diplome der Ärztekammer); praktizierende/r Kassenarzt/ärztin in Oberösterreich; Erfahrung bei der Burnout-Behandlung

4 PsychiaterInnen – Auswahlkriterien: Intensive Beschäftigung mit Burnout (Publikationen, Vortragstätigkeit); besondere Stellung in Institution, Fachgebiet

2 ArbeitsmedizinerInnen – Auswahlkriterium: unterschiedliche Betriebsgröße der betreuten Unternehmen

Ein Großteil der PsychiaterInnen sei aber auch neben der Tätigkeit als Wahlarzt in einer Institution Teilzeit beschäftigt. Dieses Modell sei bei den PsychiaterInnen sehr gefragt, da sie zugleich die PatientInnen „draußen“ und die Teamarbeit in der Klinik haben. Dies sei aber bei einem Kassenvertrag nicht möglich, da man eine Kassenpraxis nur Vollzeit führen könne. Ein weiterer wesentlicher Punkt ist, eine Alternative zum „Massenbetrieb“, der den befragten PsychiaterInnen zufolge in der Kassenmedizin vorherrscht, zu finden, da man in der Psychiatrie mehr Zeit für eine/n PatientIn benötige. Die Arbeitsbedingungen in der Kassenpraxis seien aber so, dass man sich diese Zeit bei der Fülle an PatientInnen nicht nehmen könne. Das schrecke viele WahlärztInnen ab, in einer Kassenpraxis zu arbeiten.

Weiters fordern alle befragten ÄrztInnen die Übernahme der Kosten für Psychotherapie durch die Krankenkassen, da sich die PatientInnen die hohen Kosten nicht leisten können. Es gibt zwar die Möglichkeit der Psychotherapie auf Krankenschein, da es ein Kontingent an Psychotherapiestunden gibt, welche über den Verein für prophylaktische Gesundheitsarbeit (PGA) an eine Gruppe von PsychotherapeutInnen verteilt werden. Die Anzahl an Kontingentstunden sei aber zu gering. Deshalb gäbe es Wartezeiten von bis zu einem halben Jahr.

Forderungen an die Politik

Die drei ExpertInnengruppen waren sich einig in der Forderung nach einem Teilzeitkrankenstand, wie er bereits in Deutschland mit der sogenannten beruflichen Wiedereingliederung besteht. Die ÄrztInnen begründen das damit, dass es nicht der Wahrheit ent-

spricht, dass jemand entweder nur 100 Prozent krank oder 100 Prozent gesund ist. Dies sei bei Burnout, aber auch bei anderen Krankheiten (z.B. Karzinom) sehr hinderlich, da die PatientInnen nur voll wieder einsteigen und sich nicht langsam an die Arbeitsbelastung herantasten können. Viele PatientInnen wären laut den ÄrztInnen bereits durchaus arbeitsfähig, nur noch nicht einen vollen Arbeitstag oder eine 40-Stunden-Woche lang. Ein Teilzeitkrankenstand wäre im Falle von Burnout eine Möglichkeit, die PatientInnen wieder langsam an die Arbeitsbelastung heranzuführen.

Im Gegensatz zu Großbetrieben ist es laut ÄrztInnen für Kleinbetriebe oft unmöglich, dem/der MitarbeiterIn nach einem Burnout einen stufenweisen Wiedereinstieg zu ermöglichen oder vorübergehend sozusagen einen „Schonarbeitsplatz“ einzurichten. Auch der betroffene Mitarbeiter kann es sich meist nicht leisten, auf einen Teil seines Gehalts zu verzichten. Deshalb würde in diesem Fall ein Teilzeitkrankenstand Abhilfe schaffen. Es würde eine Win-win-Situation entstehen, da man keine so langen Krankenstände finanzieren müsste, der/die PatientIn wieder schneller in den Arbeitsprozess eingegliedert wäre und der Einstieg mit z.B. nur 20 Stunden nicht so schwer fallen würde.

Des Weiteren wünschen sich die ÄrztInnen bessere Möglichkeiten zur Kooperation, da die derzeitigen Modelle nicht attraktiv seien. Die Schaffung neuer Modelle wäre sinnvoll, um die Bedingungen in den Kassenpraxen der PsychiaterInnen zu verbessern. Da Psychiatrie am besten in Teamarbeit funktioniert, plädiert ein Psychiater für ein Modell, welches die Zusammenarbeit von zwei PsychiaterInnen oder einem Psychiater und einem Psychotherapeuten ermöglicht.

Ein weiteres Modell, welches die ÄrztInnen andeuten, ist, das Modell eines psychosozialen Dienstes auf eine Hausarztpraxis übertragen. Hier wäre eine Zusammenarbeit mit einem/r SozialarbeiterIn, der/die wöchentlich drei oder vier Stunden in die Praxis kommt und die PatientInnen berät, denkbar. Derzeit gebe es keine Konstrukte für die interdisziplinäre Zusammenarbeit verschiedener Berufsgruppen.

Resümee

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass noch immer großer Handlungsbedarf besteht, um ein gutes Bewältigen des Phänomens Burnout durch die ÄrztInnen zu ermöglichen. Um dem Phänomen in Zukunft gerecht zu werden, muss es ganzheitlich betrachtet werden. Eine alleinige Bewältigung durch das Ge-

sundheitssystem ist nicht zielführend. Daher ist die zentrale Forderung, dass Burnout von mehreren Seiten angegangen wird: durch die Politik, die Gesellschaft und das Gesundheitssystem.

Andreas Eder

Quellen

- Berger, Mathias / Linden, Michael / Schramm, Elisabeth / Hillert, Andreas / Vorderholzer, Ulrich / Maier, Wolfgang (2012): Positionspapier der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie, Psychotherapie und Nervenheilkunde (DGPPN) zum Thema Burnout. http://www.dgppn.de/fileadmin/user_upload/_medien/download/pdf/stellungnahmen/2012/stn-2012-03-07-burnout.pdf (dl. 1.10.2014)
- Brühlmann, Toni (2007): Was ist Burnout? In: Praxis 96/2007, S. 901-905
- Eder, Andreas (2014): Das Phänomen Burnout als Herausforderung für die ärztliche Praxis in Oberösterreich, Diplomarbeit, Linz
- Hillert, Andreas / Marwitz, Michael (2006): Die Burnout Epidemie oder: Brennt die Leistungsgesellschaft aus? München: Beck
- Lesky, Josef (2010): Burnout: Schein und Sein. <http://www.eval.at/fp11/pdf/Krankenanstalten/Lesky.pdf> (dl. 1.10.2014)
- OÖGKK (2014): telefonisches Gespräch mit einer Verantwortlichen der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse am 8.9.2014
- Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen
- ÖBIG (2014): Österreichischer Spitalskompass URL: <http://www.spitalskompass.at/Spitalsuche/Ambulanzen> (dl. 1.10.2014)
- Rösing, Ina (2008): Ist die Burnout-Forschung ausgebrannt? Kröning: Asanger
- Schneider, Friedrich / Dreer, Elisabeth (2013): Volkswirtschaftliche Analyse eines rechtzeitigen Erkennens von Burnout. http://download.opwz.com/wai/Studie_UNI_Linz_Burnout_Volkswirtschaft_041213.pdf (dl. 1.10.2014)
- Schuster, Dietmar (2010): Psychische Erkrankungen kosten jährlich 7 Mrd Euro. Gegensteuern durch Förderung betrieblicher und sozialer Gesundheit. <https://www.wko.at/Content.Node/Plattform-Gesundheitswirtschaft/Studien---Publikationen/Publikationen/Psychische-Erkrankungen-kosten-jaehrlich-7-Mrd-Euro.html> (dl. 1.10.2014)
- Sosnowsky, Nadia (2013): Burnout – Kritische Diskussion eines vielseitigen Phänomens. In: Rothland, Martin (Hrsg.): Belastung und Beanspruchung im Lehrberuf. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S. 117-137

Arbeitskraftunternehmer/innen in der IT-Branche

Ergebnisse einer qualitativen Befragung zur Arbeitszufriedenheit in einem wachsenden Beschäftigungssegment

In den letzten Jahrzehnten vollzog sich ein grundlegender Strukturwandel in der Arbeitswelt und insbesondere von Normalarbeitsverhältnissen, auf den die beiden Soziologen Hans J. Pongratz und G. Günter Voß mit ihrem Modell des/der „Arbeitskraftunternehmers/in“ reagierte (vgl. Pongratz, Voß 2003: S. 21ff).

Die zwischen April und Juli 2014 im Rahmen einer Diplomarbeit durchgeführten Interviews hochqualifizierter Beschäftigter in der IT-Branche zielten darauf ab, die Fragen zu beantworten, inwieweit die Befragten den Merkmalen des/der Arbeitskraftunternehmers/in entsprechen und wie diese ihre Arbeitszufriedenheit wahrnehmen. Hierbei wurde insbesondere auf Selbstbestimmung, intrinsische Motivation und betriebliche Mitbestimmung eingegangen.

Insgesamt wurden elf qualitative Befragungen von zehn Männern und einer Frau geführt, die bis auf einen unselbstständig Beschäftigten alle ein Fachhochschul- oder Universitätsstudium auf zumindest Master-Niveau vorweisen. Die elf Personen gliedern sich in acht unselbstständig Beschäftigte, zwei Selbstständige sowie einen freien Dienstnehmer. Sowohl die beiden Selbstständigen als auch der freie Dienstnehmer waren zuvor mehrere Jahre im Angestelltenverhältnis beschäftigt und entschieden sich bewusst für die neue Beschäftigungsform. Die Altersstruktur der Interviewpartner/inne/n liegt zwischen Mitte 20 und Mitte 30. Alle haben gemeinsam, in einer schnell wachsenden Branche tätig zu sein und sich laufend neuen Anforderungen und Arbeitsbedingungen anpassen zu müssen. Eine eigenständige Arbeitsweise, in der technischen Kund/inn/enberatung unerlässliche kommunikative Fähigkeiten und eine hohe Bereitschaft zur laufenden Weiterbildung runden neben der technischen Ausbildung die Anforderungen ab, die an die Interviewpartner/innen im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit gestellt werden.

Merkmale des/der Arbeitskraftunternehmers/in

Bei der Auswertung der Interviews ergab sich, dass die Interviewpartner/innen in hohem Maße Merkmale des/der Arbeitskraftunternehmers/in aufweisen (vgl.

Pongratz, Voß 2003: S. 24). Diese finden sich vor allem in der Selbst-Kontrolle, die für eine selbstständige Planung, Steuerung und Überwachung der eigenen Tätigkeit steht, die sich bei den Befragten aufgrund einer Selbstbestimmtheit in der Erledigung der Arbeit ergibt. Diese fällt bei den beiden Selbstständigen sowie dem freien Dienstnehmer höher aus als bei den unselbstständig Beschäftigten.

Darüber hinaus kann von einem hohen Grad an Selbst-Ökonomisierung berichtet werden, unter der eine zunehmend aktiv zweckgerichtete Produktion und Vermarktung der eigenen Fähigkeiten und Leistungen verstanden wird. Diese findet sich im Bereich der ständigen Weiterbildung, die zu Leerzeiten und darüber hinaus vor allem in der Freizeit erfolgt. Sowohl die Selbstständigen, der freie Dienstnehmer als auch die unselbstständig Beschäftigten schilderten, sich laufend weiterzubilden und eigene Projekte bei niedriger Auslastung zu kreieren und neue Themen im Betrieb hervorzubringen.

Auch die Selbst-Rationalisierung, die eine Tendenz zur Verbetrieblichung der Lebensführung meint, ist innerhalb der befragten Personen weit verbreitet. So steht das Privatleben aufgrund der beruflichen Tätigkeit mitunter an zweiter Stelle, zumal zehn der elf Befragten angaben, auch am Wochenende zu arbeiten. Hohe wöchentliche Arbeitszeiten, Arbeiten im Urlaub oder im Krankenstand bzw. auch zu arbeiten, wenn man krank ist, wird von vielen der Befragten als Belastung wahrgenommen. Darüber hinaus bilden Reisezeiten zu Kund/inn/en einen hohen Anteil der beruflichen Tätigkeit, der nicht immer vergütet wird und als belastend wahrgenommen wird.

Im Bereich der Entgrenzungen finden sich vor allem eine Entgrenzung der Arbeitszeit sowie eine Entgrenzung von Raum, die mit der Selbstbestimmung verknüpft werden können: Aufgrund der hohen Flexibilität, die den Arbeitnehmer/inn/en vom/von der Arbeitgeber/in eingeräumt wird, können manche der Befragten spontan von zu Hause aus oder zu flexiblen Zeiten ihre Arbeitsleistung erbringen. Auf den ersten Blick mag eine Entgrenzung des Normalarbeitsverhältnisses¹ bei den unselbstständig Beschäft-

¹ Unter einem Normalarbeitsverhältnis wird ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis auf Vollzeitbasis mit kontinuierlicher Arbeitszeit, kontinuierlicher Entlohnung, arbeitsrechtlichem Schutz (z.B. durch Kollektivverträge oder das Arbeitszeitgesetz), soziale Absicherung (durch Vollversicherung in der Sozialversicherung), betriebliche Einbindung und Weisungsgebundenheit verstanden. (vgl. Tálos 2006: S. 437ff.)



Obwohl ein Betriebsrat von vielen ArbeitskraftunternehmerInnen nicht als notwendig erachtet wird, gäbe es zahlreiche Anknüpfungspunkte für Betriebsratsarbeit, z.B. Verstöße gegen das Arbeitsrecht. Foto: hs

tigten nicht vorzufinden sein. Allerdings weisen viele der Befragten einen unzureichenden arbeitsrechtlichen Schutz auf, der sich in der Missachtung der Nachruhezeit, der Überschreitung maximal zulässig täglicher Arbeitszeiten, der Nicht-Einhaltung von gesetzlichen Pausenregelungen, Arbeiten an krank geschriebenen Tagen, Arbeiten trotz Erkrankung ohne Krankschreibung, Arbeiten am Wochenende oder im Urlaub manifestiert.

Arbeitszufriedenheit von Arbeitskraftunternehmer/innen

Faktoren, die die Arbeitszufriedenheit der Befragten positiv beeinflussen, bilden allen voran der hohe Grad der Selbstbestimmung sowie die hohe Eigenverantwortung. Darüber hinaus ist die intrinsische Motivation unter den Interviewpartner/innen stark ausgeprägt. Für einige der Befragten stellt die ausgeübte Erwerbstätigkeit eine erfüllende Aufgabe dar, der auch in der Freizeit gerne nachgegangen wird.

Allerdings ist anzumerken, dass das selbstbestimmte Arbeiten auch zur Selbstausbeutung führen kann. Wie erwähnt, wurde von hoher Arbeitslast, Wochenend-Arbeit, einer Nicht-Einhaltung von Pausen, Arbeiten im Urlaub oder Krankenstand und regelmäßigen Überstunden berichtet. Darüber hinaus sind die befragten Personen für das Unternehmen im Dauereinsatz: Sie sind rund um die Uhr für den/die Arbeitgeber/in und Kund/inn/en erreichbar, was zur Vernachlässigung von sozialen Beziehungen führen kann.

Aufstiegschancen spielten für die Befragten eine geringe Rolle. Obwohl kaum eine/r der Befragten über Aufstiegschancen verfügt, fühlen sich die Interviewpartner/innen nur in den seltensten Fällen unterfordert. Sie arbeiten in einem sehr eigenverantwortlichen Tätigkeitsbereich und wären bei einem Firmenwechsel wählerisch, da ihnen in erster Linie die Tätigkeit „Spaß machen“ muss. Nur vier der acht unselbstständig Beschäftigten fühlen sich fair entlohnt, würden aber lediglich für ein besseres Gehalt nicht den/die Arbeitgeber/in wechseln.

Betriebsrat und Arbeitskraftunternehmer/innen

Alle befragten Arbeitnehmer/innen unterliegen einem Kollektivvertrag, was in Österreich mit einer Kollektivvertragsdichte, die 95 Prozent aller Beschäftigten umfasst (vgl. Eichmann et al. 2010: S. 113f), nicht überrascht. Die Tatsache, dass nur rund 15 Prozent der Betriebe, welche die Voraussetzungen für die Errichtung eines Betriebsrats erfüllen, über einen Betriebsrat verfügen (vgl. ebd.), spiegelt sich auch in den Interviews wider: Lediglich eine befragte Person steht in einem Dienstverhältnis mit einem Arbeitgeber mit Betriebsrat. Trotz des Fehlens eines Betriebsrates kommt bei den Befragten der Wunsch nach dieser Institution nicht stark durch. Bei den Interviewpartner/innen tritt auch hier die Selbstbestimmtheit stark hervor: Sie geben an, über eine starke Verhandlungsposition zu verfügen, und klären Anliegen direkt mit Vorgesetzten oder dem Management ab. Ein Betriebsrat kommt nur für manche der befragten Personen im Bereich des Arbeitsrechts und des Kollektivvertrags als Ansprechpartner in Frage. Dies ist höchstwahrscheinlich Resultat der (branchenüblichen) Überzahlung, der relativen Arbeitsplatzsicherheit und der guten Qualifikationen der Interviewpartner/innen. Nichtsdestotrotz muss festgehalten werden, dass sich viele Anknüpfungspunkte für eine Betriebsrats-tätigkeit finden: Einige Interviewpartner/innen berichteten neben den erwähnten Verstößen gegen das Arbeitsrecht davon, dass bei der Gehaltsabrechnung Intransparenz besteht.

Arbeitskraftunternehmer/in versus Selbstständige/r

Da auch die befragten unselbstständig Beschäftigten in hohem Maße als Unternehmer/in ihrer eigenen Arbeitskraft am Arbeitsmarkt agieren, stellte sich die Frage, warum sie mit dem/der Arbeitgeber/in in einem Dauerschuldverhältnis² und in wirtschaftlicher³ sowie persönlicher⁴ Abhängigkeit stehen und nicht als Selbstständige am Arbeitsmarkt agieren.

Die beiden Selbstständigen, die zuvor im Angestelltenverhältnis beschäftigt waren, berichteten von positiven Effekten der Selbstständigkeit: Sie würden weniger arbeiten, mehr Freiheiten genießen und über ein höheres Einkommen verfügen.

Aktuell kommt der Schritt in die Selbstständigkeit für die unselbstständig Beschäftigten nicht infrage. Die Gründe hierfür sind in den Sicherheiten, die ein Angestelltenverhältnis mit sich bringt, und der Work Life Balance zu finden. Es wird befürchtet, noch mehr arbeiten zu müssen und noch weniger Freizeit zu haben. Darüber hinaus ist eine Selbstständigkeit mit einem finanziellen Risiko verbunden. Vorteile im Angestelltenverhältnis sehen Angestellte in arbeitsrechtlichen Bestimmungen wie etwa dem Anspruch auf Urlaub und in einem geregelten Einkommen. Allerdings muss hier entgegengehalten werden, dass vor allem die unselbstständig Beschäftigten von Verstößen gegen das Arbeitsrecht berichteten. Auch dem Vorteil, den Angestellte in der besseren Planbarkeit sehen, muss entgegengehalten werden, dass die Interviewpartner/innen schilderten, am Wochenende, im Urlaub und im Krankheitsfall zu arbeiten und auf Abruf verfügbar sein zu müssen. In diesen Bereichen findet sich eine hohe Toleranz seitens der Unselbstständigen, die m.E. darauf zurückgeführt werden kann, dass die Vorteile des selbstbestimmten Arbeitens die Schattenseiten überwiegen.

Fazit

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass es sich bei der untersuchten (Wachstums-)Branche um eine Sparte handelt, die vielfältige Entfaltungsmöglichkeiten für Beschäftigte bietet, die nach Heraus-

forderungen streben und vor Tatendrang und Einsatz sprühen. Diese Eigenschaften sowie das Interesse an der jeweiligen Tätigkeit lässt die Beschäftigten teilweise über problematische Arbeitsbedingungen hinwegsehen. Die Gefahr der Selbstausschöpfung ist dennoch gegeben. Es bleibt spannend, wie sich die Branche weiterentwickeln wird und wie lange Normalarbeitsverhältnisse in Zeiten des Umbruchs hier Bestand haben werden.

Isabella Kreyci

Literatur

- Drs, M. (2009): Arbeits- und Sozialrecht. Wien: MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH.
- Eichmann et al. (2010): Eichmann, H., Flecker, J., Bauernfeind, A., Saupe, B., & Vogt, M. (2010): Überblick über Arbeitsbedingungen in Österreich. Wien: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz.
- Kreyci, I: Arbeitszufriedenheit. Beschäftigte der IT Branche als Arbeitskraftunternehmer/innen? DA, Linz 2014
- Pongratz, H., Voß, G. (2003): Arbeitskraftunternehmer. Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen. Berlin: edition sigma.
- Tálos, E. (2006): Sozialpartnerschaft. Austrokorporatismus am Ende? In: Dachs, H., Gerlich, P., Gottweis, H., et al.: Politik in Österreich. Das Handbuch. Wien: Manz.

Rezepte gegen die Krise

Mit einem Kochbuch will die Initiative weltumspannend arbeiten des ÖGB zeigen, was in Griechenland und Europa politisch schief läuft und welche Rezepte das Land aus der Krise führen könnten. Es werden Initiativen vorgestellt, die sich nicht damit abfinden wollen, dass die herrschende Klasse das Land in den Abgrund fährt. Diese Initiativen helfen den Menschen nicht nur praktisch, sondern leisten auch politischen Widerstand gegen den Abbau sozialer Grundrechte und die Senkung von Sozialausgaben. Als Hommage an die griechische Lebensfreude werden Kochrezepte präsentiert.

Das Kochbuch ist gegen eine Spende von 10 Euro erhältlich bei: weltumspannend arbeiten, Weingartshofstraße 2, 4020 Linz; bzw. Mail an: weltumspannend.arbeiten@oegb.at

Der Erlös geht an die Klinik der Solidarität, damit der Betrieb der Gesundheitsambulanz in Thessaloniki aufrecht erhalten werden kann.

² Sie stehen – je nach Vertrag – befristet oder unbefristet dem/der Arbeitgeber/in mit ihrer Arbeitskraft zur Verfügung

³ Angewiesensein auf Betriebsmittel sowie auf das Know-How des/der Arbeitgeber/in

⁴ Einbindung in die betriebliche Organisation, Unterwerfung unter betriebliche Ordnungsvorschriften, persönliche Weisungsgebundenheit, Kontrollunterworfenheit, disziplinierte Verantwortlichkeit, persönliche Arbeitspflicht (vgl. Drs 2009: S. 24f)

Quartierseffekte

Wie beeinflussen benachteiligte Stadtquartiere die Lebenschancen ihrer Bewohner? Anmerkungen von Harald Stöger zu einer kontroversiellen Forschungsfrage.

Das Phänomen benachteiligter städtischer Quartiere kann für zahlreiche Agglomerationen nachgewiesen werden, wenngleich innerhalb der Europäischen Union teils markante Unterschiede in der Ausprägung und öffentlichen Wahrnehmung bestehen. Quartierstypische Benachteiligungen beziehen sich auf bauliche Merkmale, die Sozialstruktur (hoher Anteil von sozial benachteiligten bzw. einkommensschwachen Haushalten), die Reputation („Stigma“), oder die materielle Ausstattung mit wichtigen (öffentlichen sowie privaten) Infrastruktureinrichtungen (Schnur 2008; Stöger/Weidenholzer 2007).

Neben der Entstehung und den zentralen Charakteristika benachteiligter Quartiere rückten zunehmend auch deren Effekte auf die Bewohnerschaft in den Fokus der rezenten wissenschaftlichen Auseinandersetzung (zum Forschungsstand: Dangschat 2014).

Problemlagen

Wie instruktive Studien zur sozialräumlichen Segregation zeigen, üben Stadtviertel, die als benachteiligt eingestuft werden, benachteiligende Wirkungen auf ihre Bewohner aus, die aus der Reputation, der Sozialstruktur und der materiellen Ausstattung resultieren: Ein besonders häufig thematisierter „Quartierseffekt“ betrifft die Reputation des Viertels aus der Perspektive der Bewohner anderer Stadtviertel (Permentier u.a. 2008). Negative (ebenso wie positive) Reputations von Stadtvierteln werden durch einflussreiche Medien geprägt und erweisen sich als vergleichsweise persistent (Jacobs 2010). Die Auswirkungen der Reputation auf die Lage der Quartiersbewohner und deren Chancen auf Arbeitsmärkten, im Bildungssystem und anderen Teilbereichen der (urbanen) Gesellschaft sind umstritten und empirisch nicht leicht zu verifizieren. Die populäre These der „postcode discrimination“, wonach das „Stigma“ eines Stadtviertels die Chancen seiner Bewohner in der Konkurrenz um Arbeitsplätze und Bildungschancen beeinträchtigt, konnte bislang zumindest nicht widerlegt werden. Bewohner stigmatisierter Stadtviertel sind demnach eher mit Ablehnung durch die „Gatekeeper“ konfrontiert, die als Wohnbauträger oder Arbeitgeber darüber

entscheiden, wer Zugang zu (begehrten) Wohnbeständen beziehungsweise Arbeitsmöglichkeiten erhält. Tunstall (2012) betont hingegen, dass spezifische individuelle Merkmale der Arbeitssuchenden – wie die Berufserfahrung oder Qualifizierung – für Akzeptanz oder Ablehnung durch die Arbeitgeber bedeutender sind als die Reputation des Quartiers; allerdings ist dieser Befund aufgrund der Beschränkung auf eine mittelgroße englische Stadt sowie ein kleines Untersuchungssample nicht generalisierbar; zudem ist anzunehmen, dass das Phänomen der „postcode discrimination“ in Großstädten ein durchaus virulentes Problem darstellt.

Weitere Gebietseffekte betreffen die Wirkungen der sozialen Struktur sowie der materiellen Ausstattung eines Stadtviertels. Der Begriff des sozialen Kapitals bezeichnet das Netzwerk an sozialen Beziehungen, das Individuen zur Verfügung steht. Die Qualität des persönlichen Beziehungsnetzwerkes besitzt für eine erfolgreiche Re-Integration in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft („soziale Inklusion“) eine nicht geringe Bedeutung. Die Sozialstruktur benachteiligter Viertel kann, wie für Deutschland mehrfach dargelegt, die Reichweite und insbesondere die Qualität sozialer Netzwerke negativ beeinflussen. Die persönlichen Beziehungsnetzwerke in benachteiligten Stadtvierteln setzen sich vorrangig aus Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern zusammen und bieten damit kaum Informationen über Beschäftigungsmöglichkeiten oder wertvolle (indirekte) Kontakte zu den „Gatekeepern“, die über die Vergabe von Arbeitsplätzen entscheiden. Die Bedeutung sozialer Netzwerke für die Arbeitsmarktintegration sinkt naturgemäß in dem Maße, in welchem Personen nicht über persönliche Beziehungen, sondern über Stellenanzeigen in Medien oder durch öffentliche wie private Arbeitsvermittler nach Erwerbsmöglichkeiten suchen.

Der Konnex zwischen den sozialstrukturellen Merkmalen von Stadtquartieren und dem Ausmaß an Straffälligkeit (Delinquenz) beziehungsweise der Betroffenheit durch strafbare Handlungen ist umstritten und ein brisanter Gegenstand politischer Diskurse. Wie kriminalsoziologische Untersuchungen belegen, korreliert eine hohe Dichte an Sozialhilfebezug unter Jugendlichen in einem Stadtviertel mit einer verstärkten Tendenz Jugendlicher zu diversen Formen von Delinquenz. Dieser Zusammenhang gilt auch, wenn die individuelle soziale Lage oder die Einkommenssituation berücksichtigt werden. Ebenso konnte ein positiver Zusammenhang zwischen dem Anteil an Sozialhilfeempfängern in einem Gebiet und dem Grad der



Studien zeigen, dass als benachteiligt eingestufte Stadtviertel eine benachteiligende Wirkung auf ihre BewohnerInnen ausüben, die aus der Reputation des Viertels, der Sozialstruktur und der materiellen Ausstattung resultieren. Foto: bl

Akzeptanz von abweichenden und normverletzenden Verhaltensweisen nachgewiesen werden, wenngleich gruppenspezifische Unterschiede bestehen (Blasius u.a. 2009; Oberwittler 2005). Eine zentrale Rolle spielen in diesem Zusammenhang soziale Lernprozesse, die allerdings nur wirksam sind, wenn besonders viel Zeit im Quartier verbracht wird und der Bekanntheitskreis auf Personen beschränkt ist, die im eigenen Wohnquartier leben. In dem Maße, in welchem die Toleranz oder zumindest die Gleichgültigkeit gegenüber abweichendem Verhalten steigt, nimmt auch die Bereitschaft zur Sanktionierung solcher Verhaltensweisen (u.a. durch Anzeige) ab. Ebenso evident ist ein Konnex zwischen einer „problematischen“ Sozialstruktur und einem geringen Maß an informeller sozialer Kontrolle in der Nachbarschaft. Je weniger gut die gemeinsame Kontrolle in einem benachteiligten Stadtquartier funktioniert, desto höher ist auch das Risiko, von Delinquenz betroffen zu sein, da Straftäter ihre Handlungen vermehrt in benachteiligte Quartiere verlagern (Lüdemann/Peter 2007).

Schließlich wird der materiellen Ausstattung eines Stadtviertels ein wichtiger Effekt auf die individu-

ellen Lebenschancen zugewiesen, da beispielsweise ein Mangel an adäquaten Kinderbetreuungseinrichtungen die Aufnahme einer (Vollzeit-)Erwerbsarbeit erschwert. Umgekehrt schränkt eine defizitäre Ausstattung des Stadtviertels – unter anderem eine mangelhafte öffentliche Infrastruktur – die Möglichkeiten nachbarschaftlicher Kontaktaufnahme ein und mindert die Attraktivität des Viertels für Familien mittlerer Einkommensgruppen.

Einschränkend ist zu konstatieren, dass der reale Effekt von Gebietsmerkmalen auf die Lebenslage der Quartiersbewohner in der empirischen Forschung umstritten bleibt. Aufgrund unterschiedlicher Methoden, theoretischer Annahmen und zum Teil abweichender Begriffsdefinitionen hat sich der präzise empirische Nachweis der Wirkung von Gebietseffekten als ein diffiziles Unterfangen erwiesen. Während ein Teil der sozialwissenschaftlichen Forschung die Existenz von Gebietseffekten betont, relativieren andere Studien auf Basis von Massendaten die Bedeutung des Stadtviertels für die individuelle Lage der Bewohner (Häußermann u.a. 2008). Zudem wurde nachgewiesen, dass einzelne Gebietsmerkmale eine zumindest

ambivalente Wirkung auf die Lebenslagen der Bewohner ausüben (Kronauer/Vogel 2004). Was bestimmten Gruppen von Quartiersbewohnern nur wenig nützlich oder gar als zusätzliche Beeinträchtigung erscheint, verkörpert für andere Bewohner eine relevante Ressource der Alltagsbewältigung.

Politische Handlungsstrategien

Segregierte Quartiere entwickelten sich seit den 1980er Jahren zu einem bevorzugten Handlungsfeld raumorientierter sozialpolitischer Intervention. Sozialpolitische Programme, die als „area-based“ klassifiziert werden, basieren nicht auf dem überzeugenden empirischen Nachweis von Quartiereffekten, sondern nehmen deren Existenz als gegeben an. Ihnen liegt die Annahme zugrunde, dass Quartiereffekte einen bedeutsameren Faktor für die Lebenslage darstellen als individuelle Merkmale oder übergeordnete sozioökonomische Prozesse. Die Programme orientieren sich demnach an der populären „Kontext“-Theorie, die einen kausalen Zusammenhang zwischen quartiersspezifischen Bedingungen und den individuellen Lebenssituationen der Quartiersbewohner unterstellt. Um eine ungünstige Lebenslage der Bewohner wesentlich zu verbessern, sind demnach Maßnahmen erforderlich, welche quartierspezifische Merkmale in positiver Weise verändern. Folglich setzen die meisten dieser quartiersbezogenen Programme auf einen Policy-Mix, der eine Veränderung der baulichen Struktur ebenso umfasst wie eine Verbesserung der Reputation des Quartiers oder die Veränderung der sozialen Struktur seiner Bewohnerschaft. Interventionen dieser Art können durch unterschiedliche Diskurse und Argumentationslinien legitimiert werden. Insbesondere materielle Investitionen im Wohnbereich werden als ein wichtiger Faktor für die Veränderung der Bewohnerstruktur, eine geringere Belastung durch Delinquenz sowie – in längerfristiger Perspektive – für eine Verbesserung der Außenwahrnehmung des Viertels dargestellt (Jacobs 2010).

In der Implementierung setzen die Programme teilweise auf Ansätze zur Beteiligung der Bewohner, um vorhandene Potenziale („endogener Natur“) auszuschöpfen und das (lokale) Sozialkapital zu stärken. Aufgrund breit definierter Zielvorgaben zeichnen sich diese Programme durch eine ausgeprägte Heterogenität der Maßnahmen, Ansätze und Stoßrichtungen ab. Eine spezifische Schwierigkeit, die sich bei der Umsetzung ergibt, besteht darin, dass die Fachzuständigkeiten für die verschiedenen politischen Maßnahmen auf spezifische Ressorts auf unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems verteilt sind und kaum

systematisch koordiniert werden. Dies kann zu Missverständnissen, Konflikten sowie Zeit- und Ressourcenverlusten führen, die ein erhebliches Risiko für die Erreichung der übergeordneten Programmziele darstellen (Walther 2004).

Im europäischen Vergleich können verschiedene Typen und Ausprägungen solcher Programme differenziert werden (van Gent 2010, Manzi 2010, Lund 2011). Jedenfalls unterstreicht deren schlichte Existenz in unterschiedlichen europäischen Staaten, dass den Problemlagen benachteiligter städtischer Quartiere ein zeitweilig wesentlicher Stellenwert auf der politischen Agenda eingeräumt wird.

So spielen in Schweden und den Niederlanden Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen und sozialen Strukturen der benachteiligten Stadtquartiere eine gewichtige Rolle (Van Gent 2010). Hingegen ist der spanische Ansatz in der Quartierspolitik primär auf eine Verbesserung der materiellen Infrastruktur, einschließlich des Angebotes an sozialen Dienstleistungen gerichtet, die über die staatliche Hierarchie ohne explizite Beteiligung der Bewohner erreicht werden soll (ebd.). Das Programm „Soziale Stadt“ in Deutschland wiederum basiert auf einem breit angelegten Ansatz, der materielle und soziale Quartiersmerkmale gleichermaßen zu berücksichtigen sucht und explizit auf die Beseitigung eines die Bewohner benachteiligenden Kontextes orientiert ist (Walther 2004).

In Großbritannien setzte erstmals die Labour Regierung nennenswerte Initiativen für Programme zugunsten besonders benachteiligter Quartiere in den „sozialen und ökonomischen Brennpunkten“ der Städte (Lund 2011). Andere rezente Programme, zu denen unter anderem „neighbourhood watch“ in Großbritannien oder „community policing“ zählt, sind als Versuche zur Stärkung nachbarschaftlicher sozialer Kontrolle vornehmlich in benachteiligten Stadtvierteln zu interpretieren.

Von „area-based“ Programmen grundlegend zu differenzieren sind Interventionen, die als „people-based“ klassifiziert werden. Diese bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind nicht per se raum- oder gebietsorientiert, sondern an einzelne, durch die politischen Akteure als „benachteiligt“ identifizierte Bewohnergruppen adressiert (Lund 2011). So erfolgt die Umsiedlung von armutsgefährdeten Haushalten in andere Stadtviertel mit sehr geringen Armutsquoten oder es werden – wie in einzelnen niederländischen Städten – temporäre Zuzugsverbote zu sozial benach-

teiligten Stadtquartieren verhängt, um unerwünschte räumliche Konzentrationsprozesse nicht zu verschärfen beziehungsweise angestrebte „Schwellenwerte“ und Quotierungen von armutsgefährdeten Haushalten zu erreichen (Häußermann u.a. 2008).

Gegenwärtig ist unverändert umstritten, welcher dieser beiden grundlegenden Handlungsansätze eine höhere Wirksamkeit aufweist oder welche Kombinationen aus beiden Ansätzen gegebenenfalls erfolgversprechend wären. Die Effektivität von „area-based“ Initiativen wird anhand einer Reihe ausgewählter Indikatoren bewertet, zu denen unter anderem das lokale Sozialkapital, die Zufriedenheit und Identifikation der Bewohner mit dem Quartier, die Kriminalitätsrate(n) sowie die materielle Qualität von Wohnungen und Wohnumfeld zählen. Die Resultate der einschlägigen Evaluationen fallen differenzierend aus. Die Analyse quartiersbezogener Programme in England belegt zum Teil wesentliche Verbesserungen in Hinblick auf die Kriminalitäts-/Viktimisierungsrate, den materiellen Zustand sowie die generelle Zufriedenheit mit den betreffenden Quartieren, während eine Stärkung des lokalen Sozialkapitals nur in sehr geringem Maße erreicht werden konnte und auch die Zahl der mobilitätsbereiten Bewohner nicht wesentlich sank.

Die Resultate für England sind allerdings mit Vorsicht zu interpretieren, da die Evaluierung der Wirksamkeit von quartiersbezogenen Programmen mit zum Teil erheblichen methodischen Anforderungen konfrontiert ist (Lund 2011, 120 ff). Jüngere Studien messen die Effektivität, indem sie die (längerfristige) Entwicklung benachteiligter Stadtquartiere, die unmittelbar von „area-based“ Initiativen profitieren, in Relation zur Entwicklung der übrigen benachteiligten Stadtviertel setzen. Diese Methodik ist zwar im Prinzip angemessen, aber insofern begrenzt, als sie nicht aufzeigen kann, inwieweit „area-based“ Programme einen räumlichen Verdrängungseffekt einschlägiger Probleme im Stadtgebiet induzieren. Empirische Untersuchungen, die diese spezifische Wirkung überzeugend isolieren beziehungsweise messen können, liegen bislang nicht vor.

Vergleichbar differenzierend fällt die wissenschaftliche Bewertung von ähnlich gelagerten quartiersbezogenen Initiativen in anderen europäischen Staaten aus (Schnur 2008; Häußermann/Kaplan 2004). Zwar sind gewisse positive Auswirkungen auf die Lebenslagen der Bewohner in benachteiligten Quartieren zu konstatieren, doch wurden einige der anvisierten Zielsetzungen (teils deutlich) verfehlt. Zudem stieg der Legitimationsdruck auf die politischen Akteure

in dem Maße, in welchem der mit den Programmen verbundene Ressourcenaufwand für die öffentliche Hand anstieg und der Druck zur Konsolidierung der staatlichen Budgets wuchs.

Analysiert man die Wirkungen von „people-based“ Zugängen, so werden diese einerseits als effektiv beschrieben, da sie den differenzierten Betroffenheiten durch Arbeitsmarktprobleme und Bildungsdefizite Rechnung tragen. Ein spezifischer Nachteil ist darin zu erblicken, dass sie – entgegen ihren eigentlichen Intentionen – die Stigmatisierung benachteiligter Gruppierungen verschärfen können. An regulativen Maßnahmen wie Zuzugsverboten wurde kritisiert, dass sie im Sinne eines „Wasserbetteffektes“ lediglich zu einer räumlichen Verschiebung von einkommensschwachen Gruppierungen beitragen, anstatt die Problematik der Einkommensungleichheit und deren Verursachungszusammenhänge selbst zu lösen. Ebenso wird konstatiert, dass ausreichend dotierte Programme der Armutsbekämpfung sowie der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf staatlicher oder regionaler Ebene vermutlich wirksamer wären als Maßnahmen, die auf die Ebene einzelner, als benachteiligt etikettierter Stadtviertel beschränkt bleiben.

Einschränkend ist zu konstatieren, dass die hier diskutierten Entwicklungstendenzen für Österreich nur bedingt nachgewiesen werden können. Die spezifische Ausrichtung der Wohnungs- und Stadtplanungspolitik in Österreich trägt dazu bei, dass die sozialräumliche Segregation trotz der Existenz benachteiligter Stadtviertel (insbesondere in Wien) eine vergleichsweise geringe Ausprägung aufweist und daher im politischen Diskurs kaum thematisiert oder als sozialpolitisches Problem wahrgenommen wird. Von regionalen Schwerpunkten in Wien und Graz abgesehen (Dangschat 2014), sind „area-based“ Programme von nur geringer Relevanz und kein zentrales Instrument lokaler Politik in Österreich. Die einschlägige Empirie verweist indes auf positive Quartiereffekte, die explizit der sozialen Durchmischung von Stadtvierteln und Sozialwohnungsbeständen zugeschrieben werden. Demnach befördert ein sozialer „Mix“ in der Nachbarschaft die Entwicklung von sozialem Kapital und wirkt sich auf diese Weise günstig auf die ökonomische Leistungsfähigkeit einer Region aus (Deutsch 2008, 312).

Resümee

Wie die Entwicklung in europäischen Städten unterstreicht, trägt eine zunehmende Ungleichheit in der Einkommensverteilung zu einer räumlichen „Sortierung“ von Haushalten mit unterschiedlichen öko-

nomischen Spielräumen bei, die eine Konzentration von einkommensschwachen Haushalten in benachteiligten Quartieren bewirkt. Orientiert man sich an der einschlägigen sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung, so liegt das Kernproblem weniger in der Existenz benachteiligter Stadtquartiere an sich, sondern in ihren benachteiligenden Effekten auf die Bewohnerschaft. Diese „Quartierseffekte“ sind ein zunehmend wichtiges Forschungsthema, doch gestaltet sich ein empirischer Nachweis schwierig und liegen zu einzelnen Quartierseffekten widersprüchliche oder nicht ausreichende Befunde vor.

Trotz dieser insgesamt unsicheren empirischen Grundlage nimmt die Regional- und Stadtpolitik die Existenz von Quartierseffekten häufig als gegeben an und bemüht sich um ihre Entschärfung durch raumorientierte Programme. Bei allen Unterschieden in Ausgestaltung und Art der Umsetzung ist diesen „area-based“ Maßnahmen gemeinsam, dass ihre Effektivität in Relation zum öffentlichen Mitteleinsatz begrenzt ausfällt. In dem Maße, in welchem der Druck zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zunimmt, wachsen zudem die Schwierigkeiten der politischen Legitimation von raumorientierten Programmen. „People-based“ Maßnahmen sind eine mögliche Alternative (oder Ergänzung) zu raumorientierten Programmen, werden jedoch – in Hinblick auf die Wirkung einzelner Maßnahmen – als nicht unproblematisch eingeschätzt.

Eine effektive Politik zur Prävention beziehungsweise Reduzierung von sozialräumlicher Segregation müsste daher um einen Mix an Maßnahmen ergänzt werden, welche die strukturellen Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung auf der Makroebene des Wirtschaftssystems ins Blickfeld rücken.

Harald Stöger

Literatur

- Blasius, Jörg/Jürgen Friedrichs/Jennifer Klöckner (2009): Doppelt benachteiligt? Leben in einem deutsch-türkischen Stadtteil, Wiesbaden.
- Dangschat, Jens S. (2014): Räumliche Aspekte der Armut, in: Dimmel, Nikolaus/Martin Schenk/Christine Stelzer-Orthofer (Hg.): Handbuch Armut in Österreich. Zweite, vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage. Innsbruck, 347-362.
- Deutsch, Edwin (2008): Der strategische Beitrag der Wohnungsgemeinnützigkeit zur sozialen Durchmischung im städtischen Raum, in: Lugger, Klaus/Michael Holoubek (Hg.): Die österreichische Wohnungsgemeinnützigkeit. Ein europäisches Erfolgsmodell. Wien, 303-314
- Harloe, Michael (1995): The people's home. Social rented housing in Europe and America, Cambridge.
- Häußermann, Hartmut/Andreas Kapphan (2004): Berlin: Ausgrenzungsprozesse einer europäischen Stadt, in: Häußermann, Hartmut/Martin Kronauer/Walter Siebel (Hg.): An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung, Frankfurt/Main, 7-42
- Häußermann, Hartmut/Dieter Läßle/Walter Siebel (2008): Stadtpolitik, Frankfurt/Main.
- Jacobs, Keith (2010): The stigmatisation of social housing: findings from a panel investigation, AHURI Final Report No.166.
- Kemp, Peter A. (Hg.) (2007): Housing allowances in comparative perspective, Bristol.
- Kronauer, Martin/Berthold Vogel (2004): Erfahrung und Bewältigung von sozialer Ausgrenzung in der Großstadt: Was sind Quartierseffekte?, in: Häußermann, Hartmut/Martin Kronauer/Walter Siebel (Hg.): An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung, Frankfurt/Main, 203-234
- Lüdemann, Christian/Sascha Peter (2007): Kriminalität und Sozialkapital im Stadtteil. Eine Mehrebenenanalyse zu individuellen und sozialräumlichen Determinanten von Viktimisierungen, in: Zeitschrift für Soziologie 1/2007, 25-42
- Lund, Brian (2011): Understanding Housing Policy, Bristol.
- Manzi, Tony (2010): Promoting Responsibility, Shaping Behaviour: Housing Management, Mixed Communities and the Construction of Citizenship, in: Housing Studies 1/2010, 5-19
- Oberwittler, Dietrich (2005): A multilevel analysis of neighbourhood contextual effects on serious juvenile offending: The role of subcultural values and social disorganization, in: European Journal of Criminology 1/2005, 201-235
- Permentier, Matthieu/Maarten van Ham/Gideon Bolt (2008): Same Neighbourhood ... Different Views? A Confrontation of Internal and External Neighbourhood Reputations, in: Housing Studies 6/2008, 833-855
- Schnur, Olaf (Hg.) (2008): Quartiersforschung. Zwischen Theorie und Praxis, Wiesbaden.
- Stöger, Harald/Josef Weidenholzer (2007): Auf dem Weg zur desintegrierten Stadt? Zum Problem der sozialräumlichen Segregation in Europa, in: Jahrbuch des Vereins für Wohnbauförderung 2007, 91-107
- Tunstall, Rebecca (2012): The challenges for disadvantaged young people seeking work, Joseph-Rowntree Foundation.
- Van Gent, Wouter (2010): Housing Context and Social Transformation Strategies in Neighbourhood Regeneration in Western European Cities, in: International Journal of Housing Policy 1/2010, 63-88
- Walther, Uwe-Jens (2004): Armut und Ausgrenzung in der sozialen Stadt. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand, Darmstadt.

Die neue Rolle der PatientInnen

Im Internet gibt es zahlreiche Gesundheitsinformationen, doch wie seriös und glaubwürdig sind diese? Was sagt dem Laien eine Risikostatistik, und was bedeutet das für seine persönliche Entscheidung? Und was können so genannte „gesundheitskompetente“ Organisationen beitragen, dass PatientInnen ihr Recht auf Information wahrnehmen? Gemeinsam mit nationalen und internationalen ExpertInnen wurden diese Fragen beim Linzer Forum im Allgemeinen Krankenhaus Linz diskutiert.

Zum siebten Mal haben Ende Oktober die Johannes Kepler Universität, die oberösterreichische Gebietskrankenkasse und das AKh Linz die gemeinsame Fachtagung „Linzer Forum – Gesundheit und Gesellschaftspolitik“ veranstaltet. Die Tagung bringt die Träger aus dem Gesundheitswesen mit der Wissenschaft und den AkteurlInnen aus der Praxis zusammen. Das diesjährige Thema lautete „Gesundheitskompetenz – der informierte und mündige Patient“. Es wurden aktuelle Forschungsergebnisse zu Gesundheitskompetenz und „Health Literacy“ präsentiert.

Gesundheitskompetenz als Entscheidungshilfe im Alltag

Jürgen Soffried vom Grazer Institut für Gesundheitsförderung und Prävention stellte im ersten Vortrag klar, wie wichtig Gesundheitskompetenz als Eckpunkt für die gesundheitliche Chancengerechtigkeit der Bevölkerung ist. Gesundheitskompetenz unterstützt die Menschen dabei, im Alltag eigenverantwortliche Entscheidungen zu treffen, die ihre Gesundheit fördern. Mit Hilfe der österreichischen Rahmengesundheitsziele wird die Stärkung der Gesundheitskompetenz vorangetrieben. Oberstes Wirkungsziel ist, „das Gesundheitssystem

unter Einbeziehung der Beteiligten und Betroffenen gesundheitskompetenter“ zu machen. An zweiter Stelle wird auf die „persönliche Gesundheitskompetenz, unter besonderer Berücksichtigung von vulnerablen Gruppen“ abgezielt. Als drittes Wirkungsziel soll „Gesundheitskompetenz im Dienstleistungs- und Produktionssektor“ verankert werden. Soffried, der selbst Akteur in diesen Zielsteuerungsgremien und „think tanks“ ist, konnte dem Publikum einen interessanten Einblick geben, wie die Zielsteuerungsprozesse ablaufen und was der aktuelle Status quo der „Zielsteuerung Gesundheit“ in Österreich ist.

Verbesserungspotenzial bei der „Patientennavigation“

Gerald Bachinger von der niederösterreichischen Patientenadvokatur stellte in seinem Vortrag „Patienteninformation – seriös und unbeeinflusst?“ einige Best-Practice Beispiele aus anderen Ländern vor. Aktuell wird auch in Österreich an Möglichkeiten gearbeitet, PatientInnen zum „best point of service“ zu lenken. Denn in der so genannten „Patientennavigation“ gibt es enormes Verbesserungspotenzial. Laut einer Vorarlberger Spitalsambulanz-Studie (NN 2010) würden von den Personen, die von selbst in eine Spitalsambulanz kommen, 60 Prozent der Fälle gar nicht die Struktur einer Spitalsambulanz benötigen. Mehr als die Hälfte dieser Menschen wäre somit durch den niedergelassenen Bereich adäquat zu versorgen. Bachinger erklärte, dass die PatientInnen heutzutage keine Schwierigkeiten haben, an Informationen zu kommen. Vielmehr bestehe ein „Overload“ an gesund-



Die Vorträge beim Linzer Forum stießen auch heuer auf großes Interesse. Quelle: Agnes Kaiser

heitsrelevanten Informationen. Daraus allerdings verständliche, ausgewogene und seriöse Informationen zu finden, ist die zentrale Herausforderung.

Statistische Zahlenspiele verwirren die PatientInnen

Unter dem Titel „Der informierte Patient: Nutzen und Schaden medizinischer Maßnahmen richtig verstehen“ berichtete die Psychologin *Odette Wegwarth* vom Harding-Zentrum für Risikokompetenz über aktuelle Ergebnisse ihres Forschungsteams rund um Professor Gigerenzer. Nutzenwahrscheinlichkeiten von Screening-Untersuchungen und von medizinischen Interventionen werden in der gängigen Praxis in relativen Zahlen dargestellt. Die Risiken und Wahrscheinlichkeiten von Überdiagnosen werden meistens in absoluten Zahlen beziffert. Diese Zahlenspiele führen PatientInnen – und auch medizinisches Fachpersonal – hinter das Licht. ÄrztInnen und PatientInnen überschätzen den Nutzen im Vergleich zu den Risiken, wie die Psychologin u.a. am Beispiel Mammographie erläuterte (siehe Abbildung). Es ist laut Wegwarth keine Seltenheit, dass durch fehlende Transparenz gesunde Menschen zu PatientInnen gemacht werden. Es stellt sich bei Screening-Maßnahmen wie der Mammografie die Frage: „Was nützt die Vorsorge, wenn ich durch die Früherkennung ‚krank‘ werde?“

Chancen und Risiken von Gesundheits-Apps

Andrea Fried, Bundesgeschäftsführerin der ARGE Selbsthilfe Österreich, stellte die Frage: „Mehr Gesundheit durch neue Medien?“ In vielen Bereichen kommen mittlerweile Gesundheits-Apps auf Smartphones zum Einsatz. Fried analysierte mehrere Gesundheits-Apps und informierte über die Chancen und Risiken der neuen Medien. Die Chancen sieht Fried vor allem in der Erreichbarkeit der Menschen: Zum Beispiel nutzt bereits jeder fünfte Mann Gesundheits-Apps. Ein möglicher Schluss wäre: „Prävention bei Männern muss digital sein.“ Der wissenschaftliche Nachweis, dass Gesundheits-Apps einen größeren Nutzen haben als konventionelle Gesundheitsaufklärung und Therapieführung, fehlt allerdings noch.

Flut an gesundheitsrelevanten Informationen

Über die neue Rolle der Patientinnen und Patienten sprach *Werner Bencic* von der OÖ Gebietskrankenkasse. Das Bild, die Behandlungen und die Handlungen

Selbe Statistik. Unterschiedlich kommuniziert.

■ Relatives Risiko

Regelmäßige Teilnahme an der Mammographie senkt das Risiko an Brustkrebs zu versterben um **25%**. ← Zahlen groß, missverständlich

■ Absolutes Risiko

Regelmäßige Teilnahme an der Mammographie senkt das Risiko an Brustkrebs zu versterben von **4 auf 3 Frauen pro 1.000 (0,1%)**. ← Zahlen klein, verständlich

Quelle: Präsentation von Odette Wegwarth

gen der PatientInnen haben sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Der Wunsch nach Selbstgestaltung hat zugenommen. Viele PatientInnen haben eine eindeutige Präferenz zur Partizipation in der Entscheidungsfindung. Das Internet ist vielfach die „zweite Meinung“. Dieser Umgang der Einzelnen mit der Flut an gesundheitsrelevanten Informationen ist ein kritischer Faktor für die Weiterentwicklung des Gesundheitssystems.

Wie kann das System auf diese neuen Anforderungen reagieren? Bencic nannte Beispiele für adäquate Reaktionen aus dem In- und Ausland, wie etwa die Homepage „NHS Choices“ der National Health Services aus Großbritannien (<http://www.nhs.uk>) oder das öffentliche Gesundheitsportal Österreichs (<http://gesundheit.gv.at>).

„Gesundheitskompetenz der Bevölkerung stärken“ lautet eines der österreichischen Rahmen-Gesundheitsziele. Der Vortragende arbeitet in der zu diesem Gesundheitsziel installierten sektorenübergreifenden Arbeitsgruppe, die einen Umsetzungsplan hierfür erarbeitete (GÖG 2014). Denn die BürgerInnen brauchen Zugang zu fundierten und ausgewogenen Informationen, die sie verstehen.

Komplexe Systeme erfordern mehr Wissen

Auf Ebene der Organisationsentwicklung erklärte *Christina Dietscher* vom Ludwig Boltzmann Institut Health Promotion Research, was Krankenbehandlungsorganisationen tun können, um „gesundheitskompetent“ zu werden, sprich ihren PatientInnen entgegenzukommen. Je komplizierter Systeme und Institutionen sind und je komplexer es ist, an seriöse und ausgewogene Informationen zu kommen, desto

mehr Wissen brauchen die PatientInnen, um sie zu verstehen. Insofern sollte es Ziel sein, die Komplexität auf das notwendige Ausmaß zu reduzieren.

Zur Fachtagung „Linzer Forum - Gesundheit und Gesellschaftspolitik“ reisen jedes Jahr VertreterInnen von Krankenanstalten und Sozialversicherungsträgern aus ganz Österreich an. Auch interessierte AkteurInnen aus Wissenschaft und Politik sowie MedizinerInnen und Pflegekräfte gehörten zum Publikum. Das nächste Linzer Forum findet am 15. Oktober 2015 statt.

Agnes Kaiser

Mindestsicherung – Realität und Perspektiven

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung hat hierzulande die Sozialhilfe als zentrale Leistung der Armutspolitik abgelöst. Bei der Mindestsicherungs-Konferenz wurden aktuelle Problemlagen – bezogen auf Österreich wie auch auf die europäische Ebene – sowie Lösungsansätze diskutiert.

Die von der Armutskonferenz ausgerichtete Tagung, die Anfang Oktober in Wien abgehalten wurde, fand im Rahmen der Projekte *EMIN (European Minimum Income Network)* und „Sichtbar werden“ statt. Das von der Europäischen Kommission finanzierte Projekt *EMIN* setzt sich kritisch mit den jeweiligen nationalen sozialen Sicherungssystemen auseinander und lobbyiert für die Schaffung europäischer Mindestsicherungs-Standards, die ein würdevolles Dasein und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Im Projekt „Sichtbar werden“ der Armutskonferenz vernetzen sich Initiativen von Menschen mit Armutserfahrungen, um sich für eine Verbesserung der Lebenssituation von Armutsbetroffenen einzusetzen.

Eckpunkte und aktuelle Problemlagen der Mindestsicherung

Zentraler Ausgangspunkt für die Einführung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) war die

Quellen

GÖG Gesundheit Österreich GmbH: Rahmengesundheitsziele und Arbeitsgruppen URL: <http://www.gesundheitsziele-oesterreich.at/arbeitsgruppen/> [dl: 24.10.14]

N.N.: Analyse der Vorarlberger Spitalsambulanzen als Anlaufstelle für Selbstzuweisungen, Endbericht 10.12.2010. Vorarlberger Krankenhaus-Betriebsgesellschaft, unveröffentlicht. PK-Unterlagen sind verfügbar unter <http://presse.vorarlberg.at/land/servlet/AttachmentServlet?action=show&tid=13809> [dl: 24.10.2014]

Vorträge beim Linzer Forum am 23.10.2014. Homepage: <http://www.jku.at/konferenzen/linzerforum2014>

Erkenntnis bei den ExpertInnen und Entscheidungsträgern, dass die Sozialhilfe von ihren Strukturen und Rahmenbedingungen (Subsidiarität, Kostenersatz, Stigmatisierung, eingeschränkter Zugang etc.) für eine effektive Armutsbekämpfung ungeeignet sei, so der Salzburger Jurist *Walter Pfeil*, der einleitend über die Genese und die Eckpunkte der aktuellen Regelung referierte. Ziel war es, das System „armutsfest“ zu machen. Auch wurde eine bessere Ankoppelung an die Arbeitswelt und das Arbeitsmarktservice (AMS) angestrebt.

Zu diesem Zweck wurde 2010 eine Bund-Länder-Vereinbarung nach Artikel 15a B-VG abgeschlossen, die u.a. die Einbeziehung der LeistungsbezieherInnen in die Krankenversicherung, ein haushaltsbezogenes Verschlechterungsgebot gegenüber der Sozialhilfe sowie individuelle (und nicht bloß abgeleitete) Ansprüche vorsah. Bundesweit vereinheitlicht wurden nur die Mindeststandards, weitergehende Leistungen der Länder sind weiterhin möglich. Anspruchsberechtigt sind seither Personen „mit Recht auf dauernden Aufenthalt“ und damit auch anerkannte Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte sowie EWR-BürgerInnen. Keinen Anspruch auf BMS haben AsylwerberInnen und TouristInnen.

Die Leistung orientiert sich am Ausgleichszulagenrichtsatz in der Pensionsversicherung, der derzeit 814 Euro netto beträgt. Für Familienangehörige sind Äquivalenzrelationen analog zu EU-SILC vorgesehen. Die Leistung wird jährlich angepasst, monatlich ausbezahlt und enthält einen Unterkunftsanteil von 25 Prozent. Zusatzleistungen für höheren Wohnbedarf

sind zwar grundsätzlich vorgesehen, aber ohne einen Rechtsanspruch ausgestattet.

Bei arbeitsfähigen LeistungsbezieherInnen ist der Einsatz der eigenen Arbeitskraft vorgesehen („workfare“). Das AMS dient dabei vor allem als Anlaufstelle für BMS-Anträge und übernimmt damit laut Pfeil eine „Postkastenfunktion“, da es die Anträge gar nicht selber prüft. Dieser „Postkasten“ werde mitunter „gut versteckt“. Immerhin wird kein Kostenersatz mehr verlangt, wenn der/die Betreffende wieder Arbeit findet. Pfeil zufolge waren die früher aus diesem Titel eingebrachten Beiträge ohnehin marginal.

Das Verfahrensrecht ist laut Pfeil „auf dem Papier gut, in der Praxis hingegen problematisch“. Die Probleme in der Umsetzung führt er u.a. darauf zurück, dass jahrzehntelang ein rigides System verfolgt wurde, das jetzt etwas liberaler ausgestaltet ist, und das Umdenken in der Verwaltung nur langsam vonstatten gehe.

„Fehlende Beamten sensibilität“, z.B. gegenüber kranken Personen, konstatierte auch Volksanwalt *Günther Kräuter*. Er wies zudem auf die niedrigen Take-up-Raten hin, die in den Bundesländern zwischen 20 Prozent (Kärnten) und 32 Prozent (Niederösterreich) liegen. Nur Wien hebt sich mit 77 Prozent Inanspruchnahme durch potenziell Berechtigte positiv davon ab.

Martina Kargl von der Armutskonferenz wies darauf hin, dass die erwähnte Bund-Länder-Vereinbarung nur befristet bis 2016 beschlossen wurde. Danach gibt es Neuverhandlungen. Als „realistisches Ziel“ peilt sie an, dass es angesichts der budgetären Lage zu keinen Verschlechterungen kommt. Als problematisch erachtet Kargl die bestehende Mischfinanzierung (Bund, Länder, Gemeinden) der BMS, die dazu führe, dass ärmere Gemeinden oft finanziell überfordert sind, weil sie in der Regel auch mehr Anspruchsberechtigte haben. „Die Fahrkarte nach Wien plus Jausenpaket“ sei insofern mitunter immer noch Realität. Die Kenntnis der Rechtsmaterie sei für die Betroffenen, aber auch für die Vollziehenden sehr schwierig, denn diese sei „sehr tricky“, was zum Teil den uneinheitlichen Vollzug erklärt.

Kargl kritisierte die geringe Leistungshöhe, insbesondere bei Kindern (Äquivalenzrelation: 30 Prozent

minus Familienbeihilfe) und in Bezug auf die Wohnkosten. Auch werde zu wenig berücksichtigt, dass Menschen mit erheblichen Beeinträchtigungen einen höheren Regelbedarf haben. Aufgrund der Selbstbehalte in der Krankenversicherung, z.B. bei Physiotherapien, sei das Grundrecht auf Gesundheit nicht eingelöst. Als Fortschritt erachtet Kargl zwar, dass die zulässige Entscheidungsfrist gegenüber der Sozialhilfe von sechs auf drei Monate verkürzt wurde – „effektive Soforthilfe“ sehe aber derzeit oft so aus, dass die KlientInnen an Sozialorganisationen weitergeschickt werden.

Hartz IV in Deutschland

Die „Grundsicherung für Arbeitsuchende“ in Deutschland ist im SGB II geregelt – gemeinhin unter Hartz IV bekannt –, die Grundsicherung bei Erwerbsminderung und im Alter im SGB XII. Die Regelsätze sind deckungsgleich und setzen sich aus einem Regelbedarf (derzeit 391 Euro) und mehrheitlich nur auf Antrag gewährten Mehrbedarfen zusammen, informierte *Michaela Hofmann* von der Caritas der Diözese Köln. Entsprechende Mehrbedarfe werden für Unterkunft

und Heizung, für Bildung und Teilhabe sowie für Kinderausstattung sowie Wohnungsausstattung bei Erstzugewanderten gewährt.

Die Regelungen sind ziemlich rigid: So werden etwa einer Einzelperson 45 m² Wohnraum zugestanden, und 15 m² für jede weitere Person im Haushalt. Die geförderte Miete pro m² ist regional

unterschiedlich geregelt und gleichfalls sehr niedrig bemessen – in Köln beträgt sie z.B. 6 Euro pro m² kalt. Wer darüber liegt, muss den Wohnaufwand aus dem ohnehin sehr niedrig bemessenen Regelbedarf bestreiten (s.o.) oder nach einem halben Jahr umziehen. Diese Politik fördert Armutsettos, kritisiert Hofmann. Bzgl. der Mehrbedarfe sei eine unterschiedliche Praxis der Kommunen feststellbar, auch Behördenwillkür (z.B. lange Bearbeitungszeiten, nicht erreichbare MitarbeiterInnen) wird teilweise beklagt.

Hofmanns Resümee: Das Gesetz wäre an sich gut, wenn die Vollziehenden eine entsprechende Haltung mitbrächten – dies sei jedoch oft nicht der Fall, sondern die Einstellung herrsche vor: „Die Menschen kosten Geld und sollen sich anstrengen“.

„Wenn es dem System nicht möglich ist, allen Menschen ein normales Leben zu ermöglichen, ist etwas mit dem System faul und nicht mit den Menschen.“

Fintan Farrell



In einer symbolischen Aktion im Zentrum Wiens wurden von TagungsteilnehmerInnen Barrieren beseitigt, welche die Armutsbekämpfung verhindern. Quelle: Armutskonferenz

Aktivitäten auf europäischer Ebene

Den Status quo in punkto Mindestsicherung zu verteidigen, sei angesichts der gegenwärtigen Tendenzen in der (europäischen) Politik mitunter schon als Erfolg zu werten, sagte *Fintan Farrell* vom European Anti Poverty Network (EAPN). Er gab sich damit ähnlich realistisch bzw. pessimistisch wie zuvor *Martina Kargl*. Farrell zufolge sollte man aber nicht nur von der Mindestsicherung, sondern auch über die Höhe der Löhne sprechen. Daher bemüht man sich seitens des EAPN schon seit einiger Zeit – und dies nicht ohne Erfolg – um eine verstärkte Kooperation mit den Gewerkschaften.

Farrell stellte das Projekt EMIN (European Minimum Income Network) vor, das die Lobbyingaktivitäten auf europäischer Ebene in diesem Bereich koordiniert und zur Bewusstseinsbildung beitragen will. Diese sei auch deshalb notwendig, weil das System der Mindestsicherung häufig mit Mindestlöhnen oder einem allgemeinen Grundeinkommen verwechselt wird. Was eine „angemessene Mindestsicherung“ ist, lasse sich zwar schwer präzisieren, generell gehe es darum, den

Menschen ein Leben in Würde und in Teilhabe zu ermöglichen – oder, wie es das tschechische Armutnetzwerk formuliert: „We just want a normal life“.

Rund ein Viertel der EU-Bevölkerung lebt in Armut, bei steigender Tendenz, doch die Politik ändere nichts daran. Im Gegenteil, es herrscht die Tendenz vor, das Sicherungsniveau gering zu halten, um – so das Hauptargument – den Arbeitsanreiz aufrechtzuerhalten. Die empirische Evidenz zeige jedoch, dass bei besser ausgestalteten Systemen die Erwerbsarbeitsintegration wahrscheinlicher ist, betonte der EAPN-Vertreter. Abgesehen davon müsse auch außerhalb des Erwerbslebens ein menschenwürdiges Dasein möglich sein. Zudem würden von einer gerechteren Gesellschaft alle profitieren. Eine angemessene Mindestsicherung stimuliere die Wirtschaft, denn das so erhaltene Geld werde nicht gespart, sondern nahezu zur Gänze wieder ausgegeben.

Gegenwärtig wird eine EU-Richtlinie zu angemessenen Mindestsicherungssystemen angestrebt, bislang hat sich jedoch nur Belgien positiv dazu geäußert. In den meisten Ländern machen die dafür verwendeten

Mittel weniger als ein Prozent des BIP aus, die Forderung nach angemessenen Mindeststandards sei deshalb nicht unrealistisch, so Farell, der abschließend konstatierte: „Wenn es dem System nicht möglich ist, allen Menschen ein normales Leben zu ermöglichen, ist etwas mit dem System faul und nicht mit den Menschen.“

Referenzbudgets für soziale Inklusion

Im Zuge der Bestrebungen der Europäischen Union, angemessene Mindestsicherungssysteme zu sichern, ist auch das Interesse an vergleichbaren EU-weiten Referenzbudgets gewachsen, berichtete *Maria Moser* vom Ilse Arlt Institut für Soziale Inklusionsforschung an der FH St. Pölten, die zurzeit bei einem entsprechenden EU-Projekt mitarbeitet. Referenzbudgets sind Ausgabenraster, die aufzeigen, mit welchen Kosten in unterschiedlichen Haushaltskonstellationen zu rechnen ist, wenn ein bestimmter Lebensstandard ermöglicht werden soll. Sie dienen für den Einsatz in der KonsumentInnen-, Schulden- und Budgetberatung, aber auch als Grundlage für soziale Mindeststandards.

Moser stellte einen möglichen Zugang, die sogenannte Minimum Income Standards-Methode, vor, bei der

Wohnungen begangen und die darin enthaltenen Dinge aufgelistet und – unter Berücksichtigung ihrer Lebensdauer – bepreist werden. Vorgabe für die Budgetermittlung ist ein „bescheidener, angemessener Lebensstil“, der Teilhabe ermöglicht. Dabei wird sowohl die ExpertInnen- wie auch die Betroffenenansicht berücksichtigt. Obwohl die Methode relativ aufwändig ist, hält Moser die Miteinbeziehung beider Sichtweisen für erforderlich, da einerseits die Betroffenen ihre Bedürfnisse teilweise falsch einschätzen und z.B. beim Essen sparen würden, während andererseits die ExpertInnen oft relativ weit von den Alltagserfahrungen entfernt sind.

Aktuelle Tendenzen der europäischen Politik

Relativ kritisch äußerte sich *Marcel Fink* von der Universität Wien zu den aktuellen Tendenzen auf europäischer Ebene. Statt „Social Inclusion“ oder „Social Protection“ forcieren die Europäische Kommission gegenwärtig den Begriff „Social Investment“. Dahinter stehe die Idee: Man soll in die (armen) Leute investieren, weil sich das später rentiert, wenn/falls sie wieder Beschäftigung finden. Hier kommt eine ökonomistische Verengung zum Tragen, ähnlich wie im – gerne

Forderungen der Armutskonferenz

1. *Es genügt nicht, über die Mindestsicherung allein zu sprechen – die Vermeidung von Einkommensarmut wäre die zentrale Aufgabe. „Die Mindestsicherung kann in Zukunft nicht der Staubsauger für alle strukturellen Probleme sein, die in der Mitte der Gesellschaft angelegt sind: Arbeitslosigkeit, Pflegenotstand, prekäre Jobs, mangelnde soziale Aufstiegschancen im Bildungssystem,“ so die Armutskonferenz. Besser sei es, präventiv vorzugehen und zu verhindern, dass Leute in die Mindestsicherung fallen.*
2. *Sachlich sei es nicht zu rechtfertigen, dass es neun verschiedene gesetzliche Regelungen gibt mit unterschiedlichen Rechten und Pflichten.*
3. *Um die Finanzierung auf neue Beine zu stellen, schlägt die Armutskonferenz ein „Zweckzuschuss-Gesetz“ vor, d.h. ein Gesetz, dass die Länder und Gemeinden verpflichtet, das Geld, das sie im Rahmen des Finanzausgleichs unter diesem Titel erhalten, auch tatsächlich für den dafür bestimmten Zweck auszugeben. Das würde dem Bund auch wirksamere Sanktionsmöglichkeiten einräumen, um einen allfälligen Bruch der Artikel 15a-Vereinbarung zu ahnden.*
4. *In den meisten Bundesländern kommt der Mindestsicherung auch die Rolle zu, ein Existenzminimum für Menschen mit erheblicher Behinderung, wenn sie in Privathaushalten leben, sicherzustellen. Auf deren besondere Bedürfnisse hat die Mindestsicherung derzeit keine Antwort. Es lässt sich nicht einmal sagen, wie viele Personen das betrifft, da Menschen mit Behinderungen in der Statistik bei den Kindern mitgezählt werden.*
5. *Für Bedarfe, die nicht als Kosten des täglichen Lebens gewertet werden können (Stichworte: Geburt eines Kindes, Reparaturen, Kautionen für Wohnungsanmietungen etc.), fordert die Armutskonferenz Leistungen aus der Mindestsicherung mit Rechtsanspruch.*
6. *Die derzeit geltenden Unterhaltsverpflichtungen zwischen erwachsenen Kindern und ihren Eltern bzw. zwischen Enkeln und ihren Großeltern sind der Armutskonferenz zufolge mit einem modernen Sozialstaatsverständnis nicht zu vereinbaren.*
7. *Die nunmehrige maximale Entscheidungsfrist von drei Monaten wird immer noch als zu lang erachtet.*

verwendeten – Begriff „Humankapital“. Es wird auf Effizienz und Effektivität der Maßnahmen abgestellt, die Befindlichkeiten der Betroffenen sind offenbar sekundär. Den Beschluss der von Farrell angesprochenen geplanten Richtlinie zu Mindestsicherungssystemen hält Fink für wenig wahrscheinlich, weil dazu Einstimmigkeit erforderlich wäre, die Richtlinie jedoch – wie erwähnt – bislang einzig von Belgien unterstützt wird.

Die gegenwärtige Armutsgefährdungsgrenze von 60 Prozent des jeweiligen Medianeinkommens ist für Fink kein tauglicher Indikator, weil die Medianeinkommen zwischen den Mitgliedstaaten sehr stark variieren, das Preisniveau jedoch weniger unterschiedlich ist. Auch unterscheiden sich die Mindestsicherungssysteme der Mitgliedsländer hinsichtlich Leistungsniveau und Deckungsgrad. Daraus resultieren starke länderspezifische Unterschiede bezüglich der Betroffenheit von materieller Deprivation. Zentrale Herausforderung ist laut Fink die Definition adäquater Mindesteinkommen entlang der Dimensionen des „sozial Notwendigen“ und des „gesellschaftlich Üblichen“.

Schlechte Lebensbedingungen von Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten

Einer von Statistik Austria durchgeführten Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen zufolge galten im Jahr 2013 in Österreich knapp fünf Prozent der Bevölkerung als mehrfach ausgrenzungsgefährdet. In vielen Bereichen des Lebens sind ihre Chancen schlechter als jene der übrigen Bevölkerung.

Die soziale Eingliederung in der Europäischen Union soll bis 2020 insbesondere durch Verminderung der Armut gefördert werden, wobei angestrebt wird, mindestens 20 Millionen Menschen aus Gefährdungslagen zu bringen. Die Zielgruppe umfasst Personen, auf die mindestens eines von drei Kriterien zutrifft: Armutsgefährdung oder keine/sehr niedrige Erwerbsintensität im Haushalt oder erhebliche materielle Deprivation. Die Gruppe der Armuts- oder Ausgren-

Aufgrund der Vorgaben durch den Konsolidierungspakt planen die meisten Mitgliedstaaten in den nächsten Jahren im Rahmen ihrer Stabilitäts- und Konvergenzprogramme eine Kürzung der Sozialausgaben. Die umfangreichsten Einschnitte ins Sozialbudget sehen dabei Länder vor, deren Sozialsysteme ohnehin relativ schwach ausgebaut sind, allen voran Irland und die Baltischen Staaten, mit dem Effekt, dass sich die sozialpolitische Konvergenz zurzeit wieder in eine Divergenz verwandelt. Die Mindestsicherungssysteme sind von den Sparplänen einstweilen noch wenig betroffen, weil sie relativ wenig kosten (s.o.) – dies allerdings deshalb, weil die Mindestsicherung so niedrig ist.

Die Tagung wurde mit einer Aktion im Zentrum Wiens abgeschlossen: Dabei wurde symbolisch eine „Mauer“ niedrigerissen, gebildet aus Barrieren, die Armutsbekämpfung verhindern: z.B. Willkür, prekäre Jobs, hohe Lebenskosten, Entwürdigung, Arbeitsplatzverlust, Sparpaket oder Ungleichheit. [hs]

zungsgefährdeten insgesamt, die von mindestens einer der genannten Gefährdungslagen betroffen sind, umfasste laut EU-SILC, der Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen, im Jahr 2013 in Österreich 18,8 Prozent der Bevölkerung oder 1.572.000 Menschen. Armutsgefährdet sind dabei 14,4 Prozent der Bevölkerung bzw. 1.203.000 Personen, von erheblicher materieller Deprivation betroffen sind 4,2 Prozent bzw. 355.000 Personen. 496.000 Personen unter 60 Jahren (7,7%) leben hierzulande in Haushalten mit keiner oder einer sehr niedrigen Erwerbsintensität.

Wesentliche Risikofaktoren für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung sind die mit bestimmten Haushaltskonstellationen verbundenen Lebensbedingungen: allen voran Leben in Ein-Elternhaushalten, Langzeit-Arbeitslosigkeit, geringe Bildung, weiters Migrationshintergrund oder das Vorliegen einer Behinderung im Haushalt. Monetäre Sozialleistungen vermögen zwar das Armutsrisiko insgesamt von 25,9 auf 14,4 Prozent erheblich zu senken, dennoch verzeichnen Haushalte, die ihren Lebensunterhalt hauptsächlich auf Basis von Sozialleistungen bestreiten müssen, mit 58 Prozent eine im Vergleich zur übrigen Bevölkerung mehr als dreimal so hohe Quote der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung.

Lebensbedingungen für Nicht- Einfach- und Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdete

Ausgewählte Lebensbedingungen, Quote in %	Nicht-Ausgrenzungsgefährdet	Einfach-Ausgrenzungsgefährdet	Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdet
Prekäre Wohnqualität	1	4	14
Wohnkostenbelastung > 25%	12	60	76
Mehrfache Gesundheitseinschränkungen	8	13	21
Keine unerwarteten Ausgaben möglich	16	42	86
Kein Sparen möglich	4	15	62

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2013.

Nachteile in zentralen Dimensionen des Lebens

Von einer besonders starken Benachteiligung ist bei gleichzeitigem Vorliegen von zwei oder allen drei der oben genannten Kriterien auszugehen. Damit sind hierzulande 385.000 Personen – ein Viertel der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten oder 4,6 Prozent der Bevölkerung – konfrontiert.

Mit einer mehrfachen Ausgrenzungsgefährdung gehen deutliche Nachteile in zahlreichen Dimensionen des Lebens einher (siehe Tabelle), etwa hinsichtlich prekärer Wohnqualität: Neunmal so oft wie Personen, die nicht ausgrenzungsgefährdet sind, wohnten Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdete in Wohnungen ohne Bad und WC, hatten Probleme mit der Bausubstanz (Feuchtigkeit, Schimmel) bzw. mit dunklen Räumen oder verfügten über keine Waschmaschine – wobei mindestens zwei dieser vier Merkmale zutrafen. Für 76 Prozent der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdeten machten zudem die Wohnkosten mehr als ein Viertel ihres Einkommens aus. Darunter werden die äquivalisierten Kosten pro Jahr für Miete, Betriebskosten, Zinszahlung für Kredite zur Schaffung von Wohnraum, Heizung, Energie und Instandhaltung zusammengefasst. Von den Nicht-Ausgrenzungsgefährdeten trugen 12 Prozent und von den Einfach-Ausgrenzungsgefährdeten 60 Prozent eine so hohe Wohnkostenlast.

Auch zwischen Gesundheit und Ausgrenzungsrisiko ist ein starker Zusammenhang erkennbar: Während 8 Prozent der Nicht-Ausgrenzungsgefährdeten ab 16 Jahren und 13 Prozent der Einfach-Ausgrenzungsgefährdeten gesundheitlich beeinträchtigt waren, trifft dies auf 21 Prozent der Mehrfach-Ausgrenzungsge-

fährdeten zu. Somit ist mehr als jede fünfte von multipler Ausgrenzung gefährdete Person in mindestens zwei der drei beobachteten Gesundheitsindikatoren – sehr schlechter allgemeiner Gesundheitszustand, chronische Krankheit, starke Einschränkung bei Alltagsaktivitäten seit mindestens einem halben Jahr – betroffen. Denkbar sind sowohl gesundheitliche Auswirkungen der Ausgrenzung als auch Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung als Folge gesundheitlicher Einschränkungen, etwa weil keine Berufstätigkeit ausgeübt werden kann.

Einschränkungen erfahren Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdete auch im materiellen Lebensstandard: Sie können unerwartete Ausgaben (im Ausmaß von 1.050 Euro) mehr als fünfmal so oft nicht tätigen wie Personen ohne Armuts- oder Ausgrenzungsrisiko. Gleichzeitig gibt es – ohne Änderung des Einkommens – nur geringe Chancen auf eine Verbesserung dieser Situation: 62 Prozent ist es nicht möglich, wenigstens 15 Euro pro Monat zur Seite legen, bei den Nicht-Ausgrenzungsgefährdeten sind es 4 Prozent.

Niedriges subjektives Wohlergehen

Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdete stufen ihre Lebenszufriedenheit auf der Skala von 0 („überhaupt nicht zufrieden“) bis 10 („vollkommen zufrieden“) durchschnittlich mit 6,1 ein. Einfach-Ausgrenzungsgefährdete sind mit einem Wert von 7,3 bereits zufriedener, Personen ohne Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung sind – wenig überraschend – im Mittel am zufriedensten mit ihrem Leben (8,0).

Quellen: Statistik Austria, Pressemitteilungen vom 22.10.2014

Reiche setzen sich ab

Der Reichtum in Deutschland wächst und verfestigt sich, ermittelten ForscherInnen der Hans-Böckler-Stiftung; dies vor allem aufgrund der gestiegenen Bedeutung von Kapitaleinkommen.

Ebenso wie die Armut hat auch der private Reichtum in Deutschland über die vergangenen zwei Jahrzehnte deutlich zugenommen. Der Anteil der Personen, die nach dem in der Wissenschaft verbreiteten relativen Reichtumsbegriff reich oder sehr reich sind, liegt heute um ein gutes Drittel höher als Anfang der 1990er Jahre: Galten 1991 noch 5,6 Prozent aller Menschen in Deutschland wegen ihres verfügbaren Haushaltseinkommens als reich oder sehr reich, waren es 2011, dem jüngsten Jahr, für das Daten vorliegen, 8,1 Prozent. Zudem haben vor allem die Einkommen der sehr Reichen stärker zugelegt als im Durchschnitt der Gesellschaft. Das liegt wesentlich am höheren Anteil, der reichen und insbesondere sehr reichen Personen aus Kapitaleinkommen zufließt. Und: Wer einmal reich oder sehr reich ist, muss zunehmend weniger fürchten, beim Einkommen in die Mittelschicht „abzusteigen“. Zu diesen Ergebnissen kommt eine neue Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung.¹ „Die sehr Reichen setzen sich vom Rest der Bevölkerung regelrecht ab“, schreiben die WSI-Verteilungsexpertin *Dorothee Spannagel* und ihr Ko-Autor *Sven Broschinski* von der Universität Oldenburg.

Daten des sozio-oekonomischen Panels analysiert

Die Untersuchung basiert auf Daten aus dem sozio-oekonomischen Panel (SOEP), einer jährlichen Wiederholungsbefragung in mehreren tausend Haushalten. Reich ist nach gängiger wissenschaftlicher Definition, die zum Beispiel auch der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung verwendet, wer in einem Haushalt lebt, der das Doppelte und mehr des mittleren verfügbaren Jahreseinkommens hat. Dieses beträgt in Deutschland derzeit rund 18.000 Euro pro Person. Für Alleinstehende gilt demnach: Eine Person, die netto, nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben und nach Anrechnung von staatlichen oder privaten Transfers, mindestens knapp 36.000 Euro im Jahr als verfügbares Einkommen hat, gehört zur Gruppe der Reichen. Als sehr reich wird bezeichnet, wer min-

destens dreimal so viel wie der Durchschnitt hat. Die Untergrenze für einen Alleinstehenden liegt hier also bei knapp 54.000 Euro. In Mehrpersonenhaushalten werden die Grenzen nach Erwachsenen und Kindern gewichtet und sind entsprechend höher.

Gemessen an den Einkommen von Konzernvorständen, Investmentbankern oder Spitzensportlern scheint die Schwelle recht niedrig gezogen zu sein. Tatsächlich gebe es ein Problem bei der wissenschaftlichen Erfassung von Millionären und Milliardären, sagt WSI-Forscherin Spannagel: Superreiche sind relativ selten und auf Diskretion bedacht, deshalb sind sie bei allen Befragungen unterrepräsentiert. Doch von einer „gehobenen Lebenslage, mit der zahlreiche privilegierte Lebensbedingungen verbunden sind“, lasse sich durchaus schon bei Personen sprechen, die jeden Monat mindestens doppelt so viel ausgeben können wie der Durchschnitt, betont die Wissenschaftlerin. „Unsere Studie analysiert gewissermaßen den unteren Bereich des Reichtums in Deutschland. Darüber erfährt man schon eine Menge. Und die Ergebnisse legen nahe, dass die Superreichen sich noch deutlich stärker und schneller von der Mitte der Gesellschaft entfernen als die Personen, die in der Studie untersucht wurden.“

Sehr Reiche werden reicher

Das zeigt sich nach Analyse der ForscherInnen schon beim Vergleich von reichen und sehr reichen Personen. Die letztgenannte Gruppe ist zwar sehr klein, doch ist sie im Verhältnis besonders stark gewachsen – von 0,9 Prozent aller Personen 1991 auf 1,9 Prozent im Jahr 2011. Gleichzeitig haben die sehr Reichen ihre mittleren Einkommen in diesem Zeitraum auch besonders deutlich steigern können: preisbereinigt um rund 20 Prozent. Dagegen erzielten die Reichen einen realen Zuwachs von 5 Prozent. Das mittlere Einkommen der Menschen unterhalb der Reichtumsgrenze stieg lediglich um 4 Prozent. Die Wirtschafts- und Finanzkrise brachte zwar einen kurzzeitigen Rückschlag, sie hat aber weder die Zahl der Reichen noch deren Einkommenshöhe nachhaltig verringert, beobachten Spannagel und Broschinski.

Vermögenseinkommen gewinnen an Bedeutung

Einen wesentlichen Grund für den wachsenden Einkommensvorsprung insbesondere der sehr Reichen sehen die WissenschaftlerInnen im höheren Gewicht der Kapitaleinkommen in ihren Haushalten. Da Menschen mit hohem Einkommen sehr häufig auch größere Vermögen besitzen, profitieren sie in besonderem Maße von Zinsen, Dividenden oder Mieteinnahmen. Gerade

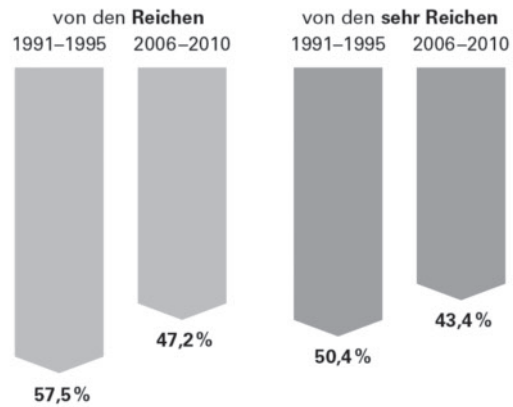
Besserverdiener bauen ihre Stellung aus

Von allen Haushalten in Deutschland waren ...



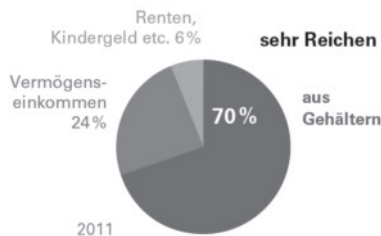
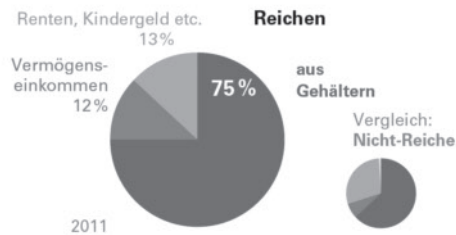
Reichtum verfestigt sich

In eine niedrigere Einkommensgruppe stiegen ab ...

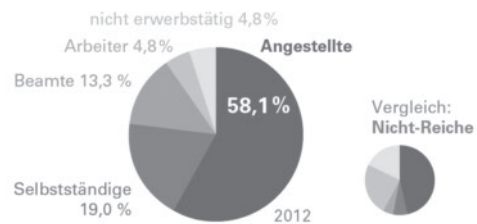


Höhere Einkommen aus Vermögen

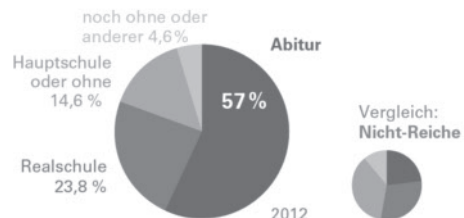
So setzt sich das Einkommen zusammen bei ...



Reiche sind ...



Ihr Schulabschluss ist ...



Quelle: Spannagel 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

während der 2000er Jahre haben sich Kapitaleinkommen deutlich stärker entwickelt als Lohneinkommen. Und durch die pauschale Abgeltungssteuer werden sie auch in Deutschland niedriger besteuert als Arbeits-einkommen. Bei den sehr Reichen stammten so 2011 rund 24 Prozent des Einkommens aus Vermögen, bei den Reichen waren es noch 12 Prozent. Unter Menschen mit mittleren Einkommen machen die Vermö-genserträge dagegen 8 Prozent aus, bei Ärmern lediglich 4 Prozent. Im Zeitverlauf schwankt die Quote bei den Reichen und sehr Reichen zwar etwas, in der

Tendenz ist sie seit Anfang der 1990er Jahre aber vor allem bei den sehr Reichen kräftig gestiegen.

Die Bedeutung der Erwerbseinkommen nahm spiegel-bildlich ab. Allerdings liegt ihr Anteil selbst bei den sehr Reichen noch bei rund 70 Prozent. Staatliche Transfers wie etwa Kindergeld oder Renten spielen bei den Einkommen der sehr Reichen und Reichen eine deutlich geringere Rolle als in der Mittelschicht und vor allem bei Ärmern. Gleichwohl machten sie 2011 rund 6 bzw. 13 Prozent aus (siehe Infografik).

Bildungsgrad, Beruf und Familienstand bestimmen Reichtum

Wer sind die Reichen und sehr Reichen? Die WSI-Studie liefert auch dazu soziodemografische Daten. Bildung hat erwartungsgemäß einen großen Einfluss. So haben AbiturientInnen eine rund doppelt so hohe Chance, reich oder sehr reich zu sein, wie Personen mit mittlerer Reife. Umgekehrt sinkt die Wahrscheinlichkeit für Menschen mit Hauptschulabschluss oder ohne Abschlusszeugnis.

Schaut man auf die Berufe, machen Angestellte zwar den größten Teil der Reichen aus. Mit Blick auf ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung sind aber Selbständige, FreiberuflerInnen und UnternehmerInnen unter den Reichen und vor allem den sehr Reichen deutlich überrepräsentiert. Ihre Chance, sehr reich zu sein, ist mehr als 3,5 Mal höher als bei den Angestellten. BeamtInnen sind vor allem unter den Reichen relativ gut vertreten. ArbeiterInnen und nicht Erwerbstätige bilden hingegen in beiden Gruppen nur eine kleine Minderheit.

Auch zwischen der Haushaltsstruktur und dem Einkommen besteht ein signifikanter Zusammenhang: Paare ohne Kinder finden sich am häufigsten unter den Reichen und insbesondere den sehr Reichen. Schließlich gibt es weiterhin erhebliche Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern: 2011 zählten nur 3,1 Prozent der Ostdeutschen zu den Reichen, verglichen mit 9,4 Prozent im Westen.

Reichtum verfestigt sich

Im Zeitverlauf von 1991 bis 2011 habe sich die Einkommensverteilung am oberen Rand „merklich ver-

festigt“, konstatieren die WissenschaftlerInnen. Da die Gruppe der Reichen insgesamt gewachsen ist, sind die Chancen, aus darunter liegenden Gruppen aufzusteigen, zwar relativ konstant geblieben. Abstiege aus der Gruppe der Reichen oder sehr Reichen sind hingegen über die Jahre deutlich seltener geworden.

Was für die betroffenen BesserverdienerInnen erfreulich ist, stellt die Gesellschaft insgesamt vor Probleme, betonen Spannagel und Broschinski. Die zunehmende Konzentration der Einkommen und Vermögen am oberen Ende der Hierarchie vergrößerte die Ungleichheit. Dieser Prozess werde durch Erbschaften über Generationen hinweg reproduziert und verstärkt. Reiche und sehr Reiche geben nur einen relativ kleinen Teil ihrer Einkommen und Vermögen aus und können einen Großteil zurücklegen; ein Grund, warum wachsende Ungleichheit das Wirtschaftswachstum bremst. „Dies wird selbst vom Internationalen Währungsfonds wahrgenommen“, verweisen die ForscherInnen auf entsprechende Studien. Gleichzeitig, warnen Spannagel und Broschinski, „kann die wachsende Polarisierung den sozialen Frieden und die soziale Kohäsion in einer Gesellschaft nachhaltig gefährden.“

Quelle: Pressemitteilung der Hans-Böckler-Stiftung, 08.10.2014

Anmerkung

- 1 Dorothee Spannagel, Sven Broschinski: Reichtum in Deutschland wächst weiter, WSI-Report 17, September 2014. Download: http://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_17_2014.pdf

AK-Wissenschaftspreis 2015

Die Arbeiterkammer Oberösterreich schreibt zum 32. Mal den AK-Wissenschaftspreis aus. Der Preis wird für 2014 bzw. 2015 fertiggestellte Arbeiten, die der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der ArbeitnehmerInnen dienen, vergeben und ist diesmal folgendem Thema gewidmet:

„Zwischen Spaltung und Integration: Migration als Herausforderung für die Gesellschaft.“

Das Preisgeld beträgt insgesamt 9.000 Euro und wird auf drei PreisträgerInnen aufgeteilt. Über die Vergabe und die Höhe des jeweiligen Preisgeldes entscheidet eine von der AK bestellte Jury.

Kriterien für die Preisvergabe sind die Übereinstimmung mit den Zielsetzungen des Preises und mit der Grundhaltung der Arbeiterkammer, die wissenschaftliche Qualität und der praktische Wert für die Tätigkeit der Interessensvertretungen der ArbeitnehmerInnen.

Bewerbungen sind bis 30. Juni 2015 bei der AK Oberösterreich, Abteilung Wissenschafts- und Forschungsmanagement, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz, einzureichen. Eine detaillierte Beschreibung der Forschungsfrage und möglicher Themenstellungen findet man unter:

<http://ooe.arbeiterkammer.at>

Mobbing am Arbeitsplatz Schule

Die Schule ist der Arbeitsplatz von Lehrkräften, Schulleitung und SchülerInnen. Sie ist zugleich ein Ort, wo verschiedene gesellschaftliche Kräfte und Positionen aufeinandertreffen. Dabei ist die Schule nicht nur Hort von Freude und Wohlbehagen. Auch Mobbing ist dort ein Thema. Dieser Sachverhalt könne aber weder aus individueller noch aus gesellschaftlicher Sicht akzeptiert werden, meint Reinhold S. Jäger vom Zentrum für empirische pädagogische Forschung (zefp) der Universität Koblenz-Landau. Er ist Herausgeber eines aktuellen Sammelbandes zum Thema „Mobbing am Arbeitsplatz Schule“.

Die Publikation versteht er als Beitrag gegen dieses Mobbing. Sie liefere die dafür notwendigen Informationen und Handlungsanleitungen. „Schule hat einen gesellschaftlichen Auftrag. Sie kann und darf das Phänomen Mobbing nicht ignorieren, so wie sich jeder Erwachsene der Thematik in Beruf und Privatem stellen muss. Mobbing ist ein schleichendes Gift, dem durch Kenntnis, Analyse und Lösungen, die zur jeweiligen Schule passen, begegnet werden muss,“ so Jäger.

In elf Kapiteln werden unterschiedliche Sichtweisen und Ansatzpunkte des Mobbing am „Arbeitsplatz Schule“ thematisiert. Dargestellt werden etwa der Begriff Mobbing, seine Abgrenzung von anderen Begriffen, die Entwicklung des Mobbinggeschehens sowie seine Folgen. Eine empirische Untersuchung zeigt, von wem und wodurch Lehrkräfte gemobbt werden. Ein anderer Beitrag geht der Frage nach, welche Auswirkungen auf die Gesundheit insbesondere von Lehrkräften entstehen und wie diesen begegnet werden kann, damit die Qualität von Schule erhalten bleibt. Das Buch behandelt auch die Frage, welche Möglichkeiten gegen Mobbing am Arbeitsplatz Schule bestehen und wie gegen schwere zielgerichtete Gewalt vorgegangen werden kann.

Die AutorInnen sind WissenschaftlerInnen der Universität Koblenz-Landau sowie Lehrkräfte und ExpertInnen für Coaching und schwere Gewalt. Jäger verspricht sich von dem Buch nicht nur eine weitere Sensibilisierung für das Thema, sondern auch eine Breitenwirkung gegen Mobbing zum Vorteil aller Betroffenen am „Arbeitsplatz Schule“.

Reinhold S. Jäger (Hg.): Mobbing am Arbeitsplatz Schule. Frühzeitig erkennen, analysieren und Lösungsansätze finden
Carl Link Verlag, Köln 2014
284 Seiten, EUR 33,90

Von der Schule des Lebens

„Schule für das Leben durch das Leben“, so lautete das Credo des belgischen Pädagogen Ovide Decroly (1871–1932). Dieses lebensnahe Lernen bildete die Basis seines pädagogischen Konzepts. Der Mediziner und Pädagoge kam damit den Ideen Maria Montessoris sehr nahe. Doch im Gegensatz zu ihr ist Decroly hierzulande weitgehend unbekannt geblieben.

„Ovide Decroly stellte inhaltlich die Interessen der Kinder in den Mittelpunkt seines Unterrichts“, sagt Annika Blichmann von der Universität Jena. Methodisch arbeitete Decroly mit dem Dreischritt Beobachtung, Assoziation und Ausdruck, so die Erziehungswissenschaftlerin am Institut für Bildung und Kultur. Der Pädagoge setzte auf einen ganzheitlichen und fächerübergreifenden Unterricht, in dem auch psychologische Aspekte Berücksichtigung fanden. Im Jahr 1901 gründete Decroly in Brüssel eine kleine Schule für Kinder, die physisch und psychisch retardiert waren. Offenbar ein Erfolg, denn 1907 folgte die „Ecole de L'Ermitage“, eine Schule für gesunde Kinder, die bis heute besteht.

Im Unterricht ging es primär um die natürlichen Interessen der Kinder. Wurde beispielsweise das Thema Nahrung behandelt, so rückte in den Blickpunkt, was mit der Ernährung zusammenhängt: Woher kommt das Essen? Was aßen die Menschen früher? Was wird in anderen Ländern gegessen? Somit wurde gleichzeitig ein Zusammenhang zu geschichtlichen und geographischen Perspektiven hergestellt. Wie Blichmann erläutert, blieb es nicht beim theoretischen Unterricht: Die Schüler besuchten etwa eine Bäckerei und kauften Lebensmittel selbst ein. So wurde zugleich spielerisch der Umgang mit Geld erlernt und die Mathematik indirekt in den Unterricht einbezogen. Unterstützt wurde das lebensnahe Lernen durch pädagogische und psychologische Spielserien, die von Decroly und seinen Mitarbeiterinnen entworfen wurden.

Annika Blichmann stieß auf Decroly, als sie sich mit dem „Weltbund zur Erneuerung der Erziehung“ befasste, der 1921 in Calais begründet worden war. Ovide Decroly gehörte zu den Initiatoren des Weltbundes. Inzwischen hat Blichmann ihre Dissertation über den Reformpädagogen geschrieben, die jetzt als Buch erschienen ist: „Erziehung als Wissenschaft. Ovide Decroly und sein Weg vom Arzt zum Pädagogen.“

Blichmann konstatiert, dass Ovide Decroly einen herausragenden Beitrag zur Begründung einer Erziehung als Wissenschaft geleistet habe. In seinen systema-

tischen und nachprüfbar Vorgehensweisen habe Decroly den Forschungswegen der experimentellen Pädagogik entsprochen. Leider hinterließ der Belgier kein Gesamtwerk, sondern nur zahlreiche Aufsätze. Im deutschen Sprachraum scheint er auf jeden Fall zu Unrecht weitgehend unbekannt zu sein.

*Annika Blichmann: Erziehung als Wissenschaft
Ovide Decroly und sein Weg vom Arzt zum
Pädagogen
Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2014
237 Seiten, EUR 34,90*

Kultur muss Jugendlichen Spaß machen

Jugendliche nutzen Kulturangebote nur, wenn sie auch Bezug zu ihrem eigenen Leben haben. Zu diesem Ergebnis kommt die Soziologin und Sozialpädagogin Veronika Hammer in ihrem Buch „Kulturvermittlung“. Es zeigt neue Ideen und Wege auf, um Kindern und Jugendlichen kulturelle Bildung näherzubringen.

„Grundsätzlich wird das kulturelle Angebot von Jugendlichen kaum genutzt. Am schwierigsten erreicht man bildungsferne Jugendliche.“ Das Fazit, das Sarah Wünn zu den Ergebnissen ihrer Regionalstudie zieht, sieht nicht rosig aus. Die Diplom-Sozialpädagogin hat 285 Schüler und Schülerinnen in der Region Coburg und Sonneberg in Bayern befragt. Wie nutzen sie Kultur? Wie oft ist das der Fall? Über welche Kanäle informieren sie sich?

Sarah Wünn ist eine von 19 Autorinnen und Autoren, die unter der Leitung von Veronika Hammer das Modellprojekt „Kulturvermittlung in der Region Coburg und Sonneberg“ wissenschaftlich begleitet haben. Drei Jahre lang hat das deutsche Ministerium für Bildung und Forschung dazu die Stelle einer Kulturvermittlerin gefördert. Diese sollte die bisherigen Aktivitäten von Stadt und Landkreisen vernetzen und untersuchen, inwiefern Jugendliche – insbesondere aus bildungs-

fernen Schichten – das bestehende Kulturangebot wahrnehmen. Außerdem sollten Veranstaltungen besser auf das Publikum abgestimmt sowie die gesellschaftliche Teilhabe durch kulturelle Veranstaltungen erhöht werden.

Die Autoren und Autorinnen haben einzelne Projekte untersucht, Befragungen und Interviews durchgeführt. Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen: Jugendliche bis 16 Jahre erreicht man vor allem über die Eltern und Schulen, ältere Jugendliche über den Freundeskreis. Der Einsatz von sozialen Medien spielt dabei eine wichtige Rolle. Die Burschen und Mädchen wollen keinen großen finanziellen und logistischen Aufwand betreiben, um Kulturangebote wahrzunehmen. Wenn sie bei der Organisation eingebunden werden, nutzen sie die Veranstaltungen stärker. Es gilt, bei bestehenden Projekten anzusetzen und diese zu verbessern. Auf kommunaler Ebene sind Vereine ein guter Weg, um Kinder und Jugendliche zu erreichen – bei bildungsfernen Jugendlichen insbesondere die Sportvereine.

„Kultur ist viel mehr als ein Kino- oder Theaterbesuch“, sagt Veronika Hammer. Gute Kulturvermittlung könne aber nur funktionieren, wenn sie auch von Seiten der Politik unterstützt wird. Das heißt, Gelder für Jugendarbeit dürften nicht gestrichen werden, genug personelle und finanzielle Kapazitäten müssten zur Organisation bereitstehen. Dass sich dieses Engagement lohnen kann, hätten Stadt, Landkreis und Hochschule Coburg erst kürzlich bewiesen: Mitte Mai wur-



Herausgeberin Veronika Hammer (r.) im Gespräch mit Autorinnen der Regionalstudie zur Kulturvermittlung. Quelle: idw

den sie vom Bayerischen Kultusministerium mit dem Gütesiegel „Bildungsregion in Bayern“ ausgezeichnet.

*Veronika Hammer (Hg.): Kulturvermittlung
Inspiration und Reflexion zur kulturellen Bildung bei
Kindern und Jugendlichen
Beltz Juventa Verlag, Weinheim und Basel 2014
278 Seiten, EUR 29,95*

Jugendliche nach der „Arabellion“

Arabische Jugendliche finden derzeit neue Formen der Selbstbehauptung und des politischen Widerstands, die den Alltag in den Städten Nordafrikas und des Nahen Ostens prägen. Was treibt die jungen Leute um, wie trotzen sie staatlichen Domestikationsversuchen? Ein aktueller Sammelband Marburger und Leipziger Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler bietet einen differenzierten Blick auf Jugendbewegungen von Kairo und Ramallah bis Algier und leuchtet das breite Spektrum des Jugendlich-Seins in der arabischen Welt aus.

Seit dem „Arabischen Frühling“ erleben fast alle Länder zwischen Marokko und Syrien lokale Proteste, spontane Aufstände und Massendemonstrationen. Die arabischen Großstädte sind Orte, an denen junge Leute Widerstand und Protest gegen Ungerechtigkeit, Willkür, Armut und Ausgrenzung sichtbar machen. Denn, wie die Herausgeber in ihrem einleitenden Beitrag verdeutlichen, „gerade die Metropolen und Megacities des globalen Südens wie Kairo oder Istanbul zeichnen sich durch Problemballungen auf engstem Raum aus. Ungleichheit und Ausgrenzung werden auch für Jugendliche immer sichtbarer und erlebbarer.“

Aus welchen sozioökonomischen Bedingungen heraus agieren Jugendliche, wie verorten sie sich sozial und kulturell? Welche Handlungsspielräume können sie sich trotz aller wirtschaftlichen Zwänge und staatlicher Kontrolle im Alltag erkämpfen? Wie verändern Widerstand und Protest politische Ordnungen und Gesellschaftsentwürfe? Die Beiträge des Sammelbandes beschränken sich in ihren Antworten nicht allein auf die Massenbewegungen der jüngsten Vergangenheit. Widerstand, so formulieren die Herausgeber, ist weit mehr als nur das Zusammenkommen in großen Kundgebungen: „Alltag kann ohne Widerstand auskommen, doch Widerstand kann alltäglich werden.“

Ouaissa und Gertel sowie ihre Autorinnen und Autoren versammeln Stimmen von Jugendlichen, die bisher kaum gehört wurden. Der erste Teil des Bandes

führt konzeptionell in die Themen Jugend, Widerstand und Stadtentwicklung ein. Darauf folgen Fallstudien: im zweiten Teil zu Nordafrika und im dritten Teil zum Nahen Osten. Diese Studien beruhen auf jahrelangen Feldforschungen und intensiven Gesprächen vor Ort.

So nimmt Jörg Gertel die Ursachen von Protestaktionen in Nordafrika und dem Nahen Osten in den Blick. Sie liegen, so argumentiert der Sozialgeograf, in neoliberaler Globalisierung, einer dramatischen Privatisierungswelle sowie wachsender Armut und Schutzlosigkeit.

Neben der Gentrifizierung der Städte und der Marginalisierung großer Teile der Bevölkerung kommt es aber auch zunehmend zur Aneignung des öffentlichen Raums durch entrechtete und benachteiligte Städterinnen und Städter, wie Asef Bayat in seinem Beitrag ausführt: Straßen, öffentliche Plätze und Grünanlagen werden als Räume für Arbeit, Freizeit und Gemeinschaftsleben genutzt. Nicht durch konzertierte politische Mobilisierung, sondern durch informelle Alltagspraktiken behaupten die Einwohnerinnen und Einwohner ihr Recht auf die Stadt und treiben die Eliten in den Schutz sicherheitsüberwachter und privatisierter Rückzugsräume.

Wie sind die empirischen Befunde zu bewerten? Jugendliche in der arabischen Welt, so schreiben die Herausgeber, „sind Akteure des Widerstands“. Sie sind besser gebildet als jemals zuvor, verfügen über eine Medienkompetenz wie keine andere soziale Gruppe und sind durch ihre wachsenden Englisch-Kenntnisse fähig, sich mit Ausländern zu vernetzen. Die junge Generation entwickle neue, auch subversive Partizipations-, Mobilisierungs- und Protestformen. „Einerseits sind es individuelle, private Träume und hedonistische Lebensentwürfe, um die Jugendliche ringen“, konstatieren Ouaisa und Gertel. „Andererseits scheint die Jugend auch kollektiven Idealen verpflichtet zu sein.“

Rachid Ouaisa lehrt Politik des Nahen und Mittleren Ostens am Centrum für Nah- und Mittelost-Studien (CNMS) der Philipps-Universität Marburg und leitet ein interdisziplinäres Forschungsnetzwerk zur Neubewertung von Geschichte und Gegenwart des Mittleren Ostens und Nordafrikas. Jörg Gertel hat an der Universität Leipzig den Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie und Globalisierungsforschung inne.

*Jörg Gertel, Rachid Ouaisa (Hg.):
Jugendbewegungen. Städtischer Widerstand und
Umbrüche in der arabischen Welt
Transkript-Verlag, Bielefeld 2014,
400 Seiten, EUR 19,99*

Kulturelle Bildung im Fokus

Themenschwerpunkt des 17. DIE-Forums Weiterbildung ist die „Kulturelle Bildung“. Das Forum bietet mit seinen sechs Arbeitsgruppen all jenen die Chance zu Diskussion und Austausch, die das Feld der kulturellen Erwachsenenbildung bestellen oder sich aus benachbarten Bereichen damit beschäftigen. Als Themenbereiche werden „Malen, Mode & Fotografie“, „Tanz, Theater & Musik“ sowie „Medien, Ton & Text“ besondere Schwerpunkte bilden.

Termin und Ort: 1. - 2. Dezember 2014; Collegium Leoninum, Noeggerathstrasse 34, D-53111 Bonn
Information, Anmeldung: www.die-forum.de

Politisches Handeln im Erlebniskapitalismus

Marianne Gronemeyer und Klaus Firlei im Gespräch über die „Kunst des Sich-Entziehens und zivilgesellschaftliche Handlungsmacht“, ausgehend von ihren Beiträgen für die anlässlich des 100. Geburtstags von Robert Jungk erschienene Publikation „Projekt Zukunft“, die gleichfalls präsentiert wird.

Termin: 3. Dezember 2014, 19.30 Uhr
Ort: Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen, Strubergasse 18, 5020 Salzburg
Anmeldung: <http://jbzzukunftsbuch.wordpress.com>

Finanzsektor und soziale Ungleichheit

Die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft sich. Das ist unter anderem eine Folge der Entfesselung der Finanzmärkte. 2007 geriet das Finanzsystem an den Rand des Zusammenbruchs. Waren zuvor üppige Gewinne in private Taschen geflossen, so werden jetzt die Kosten der Krise sozialisiert. Aber auch Spekulation mit Nahrungsmitteln, aggressive Steuervermeidung und die Dominanz des Sektors empören viele Menschen. Und im Zuge des geplanten Handelsabkommens TTIP droht erneut eine Liberalisierung.

Termin: 10. Dezember 2014, 18.00 - 20.00 Uhr
Ort: Arbeiterkammer Linz, Volksgartenstraße 40, Kongressaal
Anmeldung: Tel. 050 6906 2412; E-Mail: wsg@akooe.at

Erwachsenenbildung in der Migrationsgesellschaft

Im April 2014 wurde auf der Abschlusskonferenz des Projekts mig2eb der Diskussionsprozess über ein Grundsatzpapier begonnen. Die sogenannten „Leitlinien für die Erwachsenenbildung in der Migrationsgesellschaft“ sollen nun auf der Tagung beschlossen werden. Neben inhaltlichen Inputs steht Raum für vertiefende Diskussionen und Reflexion zu Verfügung. Ein weiterer Punkt wird der Transfer der Leitlinien in die Organisationen und die sich daraus ergebenden Notwendigkeiten (Kooperationen, Projekte, ...) sein.

Termin: 10. Dezember 2014, 14.00 Uhr - 11. Dezember 2014, 16.00 Uhr
Ort: Bundesinstitut für Erwachsenenbildung (bifeb), Bürglstein 1-7, 5360 St. Wolfgang
Information, Anmeldung: www.mig2eb.at/?p=1068

Arbeitsmarktzugang für MigrantInnen im Überblick

Immer wieder verwirrend: Wie sieht der Arbeitsmarktzugang mit diesem oder jenem Aufenthaltsstatus aus, wer benötigt eine Beschäftigungsbewilligung, wer hat uneingeschränkten Zugang? Im Seminar werden die unterschiedlichen Aufenthaltstitel und ihre Implikationen für die Aufnahme einer Beschäftigung, den Verlust derselben und die Konsequenzen eines Umstiegs auf einen anderen Aufenthaltstitel u.a. anhand von Fallbeispielen durchdekliniert.

Termin: 15. Dezember 2014, 9.30 - 17.00 Uhr
Ort: asylkoordination österreich, Burggasse 81/7, 1070 Wien
Information, Anmeldung: www.asyl.at, kremla@asyl.at

kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.

Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion kontraste:

Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:

Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Johannes Kepler Universität Linz (JKU), Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:

8 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:

kontraste: JKU Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Tel. 0732 2468 7168

Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at

Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste

Aboservice, Sekretariat: Irene Perndorfer, Tel. 0732 2468 7161

Fax DW 7172 Mail: irene.perndorfer@jku.at

Redaktionsteam:

Mag. Hansjörg Seckauer (hs), Dr. Christine Stelzer-Orthofer (cso), Dr. Bettina Leibetseder (bl), Dr. Susanna Rothmayer (sr), Dr. Angela Wegscheider (aw)

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte, die Redaktion behält sich jedoch das Recht auf Kürzung und Entscheidung über die Veröffentlichung vor. Redaktionsschluss ist jeweils der 20. des Vormonats. Namentlich gekennzeichnete Beiträge können, müssen aber nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:

Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer, MEP

Em. Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss

a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster

Dr. Brigitte Kepplinger

Lektorat; Satz:

Mag. Hansjörg Seckauer

Grafisches Konzept:

Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70; StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30; Einzelheft EUR 6,70; Referierte Ausgabe EUR 18,70
Alle Preise inklusive Versand.
Gratis Probeabo für drei Monate
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

Bankverbindung:

Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453

BIC: ASPKAT2LXXX, IBAN: AT97 2032 0075 0000 2453

